Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 271 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Dienstag, den 25. November 1919 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Der Wiederaufbau.

Die deutsche Niederlage erzeugte die Revolution. Wie am Sonnabend nach langem Fabeln die „Freiheit" es darstellt, so war es:

„Die Deutsche Republik ist entstanden aus dem militärischen Zusammenbruch. Daß wir Republik geworden sind, ist eine Folge der militärischen Niederlage, die Koch den Generalen Wilhelms beigebracht hat. Wilhelm und die anderen Monarchen liefen davon, und die Republik war da."

Diese Republik wollte die sozialdemokratische Partei als eine demokratische Republik unter Selbstregierung des ganzen Volkes. Sie hat es beschafft. Im Ernst ist der Bestand der demokratischen Republik nicht mehr gefährdet. Die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Aufstände von links ist sehr gering geworden. Das Einzige, was noch drohen könnte, wäre ein Putsch von rechts mit Hilfe der Offiziere der Reichswehr. Es läßt sich natürlich schwer voraussehen, was die Zukunft bringen wird, zumal wir stets die Einwirkung von außen in Rechnung zu stellen haben. Die Zeit ist bewegt, die Entscheidungen sind ungewiß, und das Bild der Lage wechselt rasch. Es könnte deshalb z. B. die Auslieferungsfrage auch innerpolitische Konflikte hervorrufen, welche sich in diesem Augenblick noch nicht übersehen lassen. Aber im allgemeinen ist ein Putschversuch der Deutschnationalen

ebenfalls höchst unwahrscheinlich

geworden. Ganz abgesehen davon, daß er im Falle eines Sieges ein Eingreifen der Entente herbeiführen würde, hätte er auch innerpolitisch sehr ernste Nachteile. Die Herstellung der Monarchie ist sehr weiten deutschnationalen Kreisen nur Lippenforderung. Innerlich haben sie von Wilhelm Vater und Sohn vollkommen genug. Der geflissentlich zur Schau getragene Monarchismus soll ihnen nur dazu dienen, den Gegensatz zur Republik und ihrer jetzigen Regierung recht deutlich hervorzuheben. Der demagogische Vergleich der Zeit vor dem Kriege, die keine Gewalt zurückbringen kann, mit der Gegenwart, wird durch die Lobpreisung des monarchistischen Regiments besonders kräftig herausgearbeitet.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die demokratische Republik gesichert dasteht und daß das deutsche Volk sich in Zukunft selbst regieren wird. Der Entscheidung des deutschen Volkes freilich kann man nur mit Sorge entgegensehen. Die Arbeiter sind verbittert, daß sie trotz ihres Sieges in der Revolution materiell in keiner Weise vorwärts gekommen sind, die Angestellten und Beamten fühlen sich wirtschaftlich noch mehr zurückgesetzt, alle Kreise der Bevölkerung beklagen die verteuerte und erschwerte Lebenshaltung, den Verlust der wirtschaftlichen Ordnung, den Wucher und das Schiebertum, die Entwertung des deutschen Geldes in der Welt.

Gerade diese Stimmung ist es,

welche die Schaffung einer neuen Ordnung auch auf wirtschaftlichem Gebiet aufs Äußerste erschwert hat. Es kommt hinzu, daß eine Wiederbelebung der Wirtschaft an sich außerordentlich viel mehr Zeit erfordert als eine politische Neuordnung. Der verhängnisvolle Kreislauf der Wirtschaftsschäden ist ja bekannt. Wir brauchen vor allen Dingen recht viel Kohle. Aber die Bergarbeiter sind nicht imstande, die volle Friedensleistung zu fördern, weil sie unter ungünstigeren Bedingungen arbeiten als früher und selbst körperlich stark mitgenommen sind. Um mehr Bergarbeiter heranzuziehen braucht man Wohnungen, aber da fehlen eben wieder nicht nur die finanziellen Mittel, sondern vor allem auch die Ziegelsteine, zu deren Herstellung man aber wieder in großer Menge Kohlen gebraucht.

Die Bergarbeiter würden mehr schaffen, wenn sie besser ernährt wären. Aber auf dem Weltmarkt können wir nur wenig kaufen, und die deutsche Landwirtschaft liefert höchstens noch eine zwei Drittel-Ernte. Die Ernte ließe sich durch reichliche künstliche Düngung steigern. Aber um Luftstickstoff herzustellen, braucht man eben wieder große Mengen Kohle, und so kann die bessere Ernährung der Bergarbeiter erst beginnen, ein Jahr, nachdem sie mehr Kohle gefördert haben, und die volle Leistung des einzelnen Bergarbeiters kann erst einsetzen, wenn er zuvor erst längere Zeit hindurch

satt zu essen gehabt hat.

Diese verhängnisvolle Verkettung der Wirtschaftsnot ließe sich noch durch viele Gebiete hindurch aufzeigen.

Einstweilen sieht die deutsche Wirtschaft noch ziemlich trostlos aus. Wir müßten mit höchster Kraftanstrengung arbeiten, um den eigenen Bedarf zu decken und durch Export uns Kredite im Ausland zu verschaffen; aber tatsächlich stehen viele Fabriken still, müssen viele fleißige Hände feiern. Die späte Ernte und der frühe Frost dieses Jahres haben Wirtschaft und Ernährung mit neuen großen Gefahren bedroht.

Indessen hat Genosse Bauer doch recht, als er in seiner Flensburger Rede hoffnungsfreudig versicherte, daß es auch mit der deutschen Wirtschaft wieder vorwärtsginge. Die Kohlenförderung steigt rasch und regelmäßig, die allgemeine Erschlaffung, die notwendige Folge der Ueberanstrengung des Krieges und der tiefen Enttäuschung der Niederlage, ist gewichen — in wenigen Wochen wird auch der Kurs des deutschen Geldes wieder zu steigen beginnen. Dieser Winter darf als

die letzte schwere Prüfung

gelten. Vom nächsten Frühjahr an muß es in gerader Linie aufwärts gehen, wofern nicht die Entente mit täppisch-brutalem Zugreifen die hoffnungsvollen Keime wieder zerstört. Die letztägigen Beratungen des Reichskohlenrats geben ein Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie die Wirtschaft wieder zu beleben und dadurch allmählich zur Sozialisierung reif zu machen sucht.

Wir standen am 9. November vor der völligen Auflösung der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Wir haben die staatliche Ordnung neu geschaffen, und wenn in kurzer Zeit der Belagerungszustand fällt, ohne daß die Ordnung von Neuem gestört wird, dann wird der Triumph der Demokratie deutlich sichtbar werden. Wir sind jetzt am wirtschaftlichen Neuaufbau. In einigen Monaten werden auch seine Umrisse deutlich werden. Erst dann ist die Revolutionszeit zu Ende und unsere Arbeit in ihr in vollem Umkreis zu übersehen.

Dann wird das Volk neu wählen,

und wenn es verkennen kann, daß die Sozialdemokratie eine elendere Lage vorfand als je eine Partei, die zur Macht kam, und mit geringerem Schaden aus ihr herausgekommen ist als irgendwer zu hoffen wagte, so beweist es damit nur ein hohes Maß von Einsichtslosigkeit und Unreife. Aber wir vertrauen darauf, daß sowohl unser Werk des Aufbaues gelingen, als auch daß die Wählermasse es anerkennen wird.

Koalitionsregierung in Rußland?

Versöhnung mit den Menschewiki.

Die bolschewistische „Prawda" kündigt an, daß eine neue Regierung gebildet werden soll, in der auch die Menschewiki durch Martoff und Dan vertreten sein würden. Es liege ein Friedensvorschlag an Koltschak und Denikin vor.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die „P. P. N." erfahren aus zuverlässiger parlamentarischer Quelle: Der Rücktritt Hörsings wird nicht zur Tatsache werden. Seiner Forderung nach Aufhebung des Belagerungszustandes wird stattgegeben werden. Die Sozialdemokratische Partei wird sich mit Hörsing solidarisch erklären, da auch ihr die nötige Ellenbogenfreiheit zur Bekämpfung der Reaktion unter dem Belagerungszustand fehlt. Im Laufe der kommenden Woche werden über die durch den Rücktritt Hörsings geschaffene Lage in der Regierung Verhandlungen stattfinden, die — es kann keinem Zweifel unterliegen — zur Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien führen werde. Die Aufhebung des Belagerungszustandes für die übrigen Teile des Reiches, in denen er besteht, insbesondere für Berlin, wird nachher nicht mehr lange auf sich warten lassen können.

Arbeitersolidarität.

WTB. Berlin, 24. Nov. (Drahtnachricht.) Der dänische Minister Stauning hat auf das Telegramm des Reichskanzlers aus Kopenhagen folgende Antwort gesandt: Habe Aufenthaltserlaubnis für eine neue Anzahl deutscher Kinder bei dänischen Arbeitern für die nächste Zeit erwirkt. Es ist den dänischen Sozialisten eine Freude, an der Heilung der vom Kriege geschlagenen Wunden mitwirken zu können.

Einigung in der amerikanischen Bergarbeiterbewegung.

WTB. Amsterdam, 24. Nov. Nach einer Reutermeldung hat der Präsident des Bergarbeiterbundes im Namen der Braunkohlenarbeiter den Vorschlag des Arbeitersekretärs auf Lohnerhöhung der Häuer von 27 Cts. pro Tag und 31 Prozent Lohnerhöhung für die übrigen Bergarbeiter angenommen.

Das neue Koalitions-Kabinett in Ungarn.

Budapest, 24. Novbr. (Ung. Korr.-Büro.) Das neue Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Präsident Hujzar, Inneres Bonieczy, Kultus und Unterricht Haller, Staatssekretär Pekar, Handel Henrich (neu), Staatssekretär Miakits (Soz., neu), Volkswohlfahrt Payer (Soz., neu), Staatssekretär Szeely (neu), Aeußeres Graf Somssich, Justiz Dr. Brczy (neu), nationale Minderheiten Bleyer, Krieg Friedrich, Staatssekretär Mesko (neu), Finanzen Baron Korányi, Ernährung Szabo-Nagyatad (neu), Staatssekretär Polyi-Keller (neu), Minister der kleinen Landwirte Szabo-Sokoropatka, Staatssekretär Patacs. Die Ministerien zur Verbindung mit der Entente, für gewerbliche Arbeiten und das Propagandawesen wurden aufgelassen.

Um den Belagerungszustand.

Der Staatskommissar für Oberschlesien, Genosse Hörsing, hat seine Dienstentlassung beantragt für den Fall, daß der Belagerungszustand in Oberschlesien nicht ehestens aufgehoben würde. Der Fall Hörsing ist nur ein Symptom. Jeder Leser der sozialdemokratischen Presse weiß, daß nicht nur Hörsing für Oberschlesien, sondern die Sozialdemokratische Partei für ganz Deutschland die Aufhebung des Belagerungszustandes, wo er noch besteht, dringlichst ersehnt. Auf der andern Seite hat sich gezeigt, daß die Regierung Bedenken trägt, diesem Wunsche entgegenzukommen und daß auch die Sozialdemokraten in der Regierung von einer übereilten Aufhebung des Belagerungszustandes schlimme Folgen befürchten. Es wird also kein Geheimnis verraten, wenn gesagt wird, daß in diesem Punkt Meinungsverschiedenheiten bestehen nicht nur zwischen dem Genossen Hörsing und dem Genossen Wolfgang Heine, sondern innerhalb der Sozialdemokratischen Partei überhaupt.

Diese Meinungsverschiedenheiten können mit aller Ruhe und Sachlichkeit ausgetragen werden. Niemand hält die Genossen in der Regierung für finstere Tyrannen, die aus Bosheit und Herrschsucht dem Volk seine Freiheitsrechte vorenthalten wollen. Schon der bloße Versuch, die ganze Streitfrage auf dieses agitatorische Gleis zu schieben, müßte in seiner Lächerlichkeit ersticken. Niemand ist auch der Meinung, daß eine Regierung, sei sie wie immer zusammengesetzt, in dieser Zeit auf außerordentliche Machtmittel ganz verzichten könnte. Wäre die äußerste Linke oder die äußerste Rechte am Ruder, so würde sich die Masse des Volkes, nicht zuletzt die Arbeiterklasse, sehr bald nach der jetzigen Aera des Belagerungszustandes wie nach einer Zeit der goldenen Freiheit zurücksehnen. Eine Regierung muß desto mehr in der Gewalt ihre Stütze suchen, je schwächer sie innerlich ist, je enger die Volkskreise sind, auf deren Vertrauen sie sich stützen kann. Eine demokratische Mehrheitsregierung kann daher mit einem Mindestmaß äußerer Gewaltanwendung auskommen, während eine diktatorische Minderheitsregierung zu ihrer Erhaltung des Höchstmaßes von ihr bedarf.

Gegen Versuche einer Minderheit, die von der Mehrheit gewollte gesetzliche Ordnung gewaltsam zu

Zeichne mit 500 Mark bar
und 500 Mark Kriegsanleihe
1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191125-14/fragment/page=0001

waren, bedarf auch eine Mehrheitsregierung äußerlicher Machtmittel, und niemand will ihr diese und ihren Gebrauch zur rechten Zeit und am rechten Orte verwehren. Es ist zweifellos eine Schwäche in unserem Standpunkt, die wir für die ungesäumte Aufhebung des Belagerungszustandes eintreten, daß wir immer hinzufügen müssen, wenn die Verhältnisse es notwendig machen, müßte der Belagerungszustand natürlich wieder eingeführt werden.

Es kommt eben alles darauf an, wie man die gegebenen Verhältnisse und die Rückwirkung der Aufhebung des Belagerungszustandes beurteilt. Da ist nun der größere Teil der Sozialdemokratischen Partei der Meinung, daß sich die Verhältnisse im Reiche schon genug beruhigt haben, um die Aufhebung besonderer Maßregeln zu rechtfertigen und daß diese Aufhebung zur Beruhigung wesentlich beitragen würde. Andersdenkende weisen auf die Gefahren des Winters hin und auf die Tatsache, daß ein aus besonderem Anlaß neu verhängter Belagerungszustand viel schärfer wirke als ein schon in Kraft stehender, gewohnter. Und allerdings wäre es ein arges Unheil, wenn sich die Aufhebung des Belagerungszustandes alsbald als ein verfehltes Experiment herausstellen und wenn seine Wiedereinführung in einzelnen Reichsteilen notwendig würde.

Wir hegen die Hoffnung, daß sich die Genossen in der Regierung und ihre bürgerlichen Mitglieder von der Richtigkeit unserer Auffassung überzeugen werden, daß also der Belagerungszustand bald überall, wo er noch besteht, aufgehoben werden wird. Aber damit ist die letzte Entscheidung noch nicht gefallen. Recht behalten werden wir erst, wenn sich nicht nur die Regierung, sondern auch das ganze Volk unserem Standpunkt anschließt, wenn es durch sein Verhalten beweist, daß wir recht hatten, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen. Dieser Beweis kann nur dadurch erbracht werden, daß es nach der Aufhebung des Belagerungszustandes, den wir von der nächsten Zeit erhoffen, auch wirklich ruhig bleibt. Die Selbstdisziplin der Volksmassen muß dann dasjenige ersetzen, worauf der Staat im Interesse der Wiederherstellung der vollen Volksfreiheit verzichtet hat.

Diejenigen, die sich über den Belagerungszustand am lautesten beschweren, sind es gerade, die durch ihr Verhalten seine Einführung geradezu erzwungen haben. Der Versuch, die Revolution über ihre augenblicklich erreichbaren Ziele hinauszutreiben, hat mit mathematischer Folgerichtigkeit nur die Reaktion gestärkt. Bekämpfen kann die Reaktion nur der, der die Freiheitsrechte der Demokratie anerkennt und sie nutzt, ohne sie zu mißbrauchen. Darum sagen wir: fort mit dem Belagerungszustand! Fort aber auch mit allem, was den Belagerungszustand wieder notwendig machen könnte. Der Winter mit seinen großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Entbehrungen ist gewiß für die Selbstdisziplin des Volkes eine harte Belastungsprobe. Das Volk aber muß zeigen, daß es zur Freiheit reifist.

Für Deutschösterreich.

Die ganze Welt seufzt unter den furchtbaren Folgen des Weltkrieges. Vor allem die besiegten Völker führen ein Leben, das überreich an Not und Entbehrungen ist. Der Hunger wütet und streckt Tausende von Säuglingen, Frauen und Greisen nieder. Mit verschränkten Armen stehen die Sieger da, bestehen unerbittlich auf Erfüllung der unerfüllbaren Friedensbedingungen und drohen täglich mit der Sperrung der minimalen Zufuhr an Lebensmitteln, wenn nicht alles nach ihrem Wunsche geht. Sie wollen ihn restlos auskosten und sehen nicht, daß sie ganze Völker in den Tod treiben.

Am grausamsten treiben es die Feinde mit unseren Brüdern in Deutsch-Oesterreich. Glück bedeutet unser Elend im Vergleich mit den Martern dieses Volkes. Keine Nahrungsmittel und keine Kohlen. Säuglinge verhungern und werden durch die Kälte dahingerafft. Selbst die knappen Rationen können nur dann zur Verteilung gelangen, wenn die Einfuhr vom Auslande nicht ins Stocken gerät. An Brot und Mehl gibt es pro Tag 260 Gramm und in den letzten Wochen sogar nur die Hälfte. 100 Gramm Fleisch und 120 Gramm Fett kommen ca. alle vier Wochen einmal zur Verteilung. Nicht einmal die knappe Ration von einem Pfund Kartoffeln pro Woche kann regelmäßig geliefert werden. Diese traurige Lage wird noch verschärft durch die ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise. Ebenso schlimm steht es mit der Kohlenversorgung.

Wohl hat uns der Krieg arm gemacht, aber wir sind noch reich im Gegensatz zu unseren deutsch-österreichischen Brüdern. Wir sind nicht so arm, daß wir ihnen nicht eine kleine Hilfe angedeihen lassen könnten. Wir müssen ihnen zu Hilfe kommen, wir dürfen sie nicht verhungern lassen. Eben kommt die Kunde, daß unsere skandinavischen Genossen fünf Millionen Kronen für die deutsche Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt haben. Laßt uns dieses wohltätige Werk ein Vorbild sein.

Deutsche Bergarbeiter, erklärt euch bereit, Ueberschichten für Deutsch-Oesterreich zu verfahren. Wenn ihr nur ein paar Stunden pro Woche mehr arbeitet, werdet ihr Tausenden von Säuglingen das Leben retten. Deutsche Eisenbahner, denkt an die frierende und hungernde Stadt an der Donau, setzt alle Kräfte ein, um möglichst viele Züge mit dem Nötigsten in das Land des Hungers gehen zu lassen. Wenn wir alle unsere ganze Kraft einsetzen, um den Deutsch-Oesterreichern zu helfen, wenn wir unsere knapp bemessenen Rationen mit ihnen teilen, wird das Volk nicht untergehen. Schnell muß gehandelt werden. Mögen die übermütigen Sieger uns unter ihr Joch zwingen und unsere Lebensmöglichkeiten auf das äußerste beschneiden. Die Solidarität der Deutschen, der Arbeiter, werden sie nicht vernichten. Das deutsche Volk darbt und hungert, aber es wird nicht zulassen, daß an der Donau der Hunger und die Kälte weiter ihre Opfer fordern.

v. Simsons Abreise von Paris.

Berlin, den 24. November. WTB. meldet: Ministerialdirektor von Simson, der heute mittag aus Paris zurückgekommen ist, hat dem Kabinett über seine Pariser Verhandlungen Bericht erstattet. Seine Rückkehr erfolgte, weil in der Angelegenheit der Versenkung der Flotte bei Scapa Flow neue Instruktionen notwendig sind. Alle Kombinationen, als hänge die Abreise des Herrn von Simson mit der Haltung des amerikanischen Senats zusammen, sind also gegenstandslos geworden. Deutschland [illegible] Interesse nicht an der Verzögerung, sondern an dem Abschluß des Friedens. Damit werden auch die Andeutungen hinfällig, als bedeute die Abreise des Herrn von Simson einen Abbruch der Verhandlungen.

Was die Franzosen denken und fürchten.

WTB. Paris, 23. Nov. „Eclaire" sagt in der „Presse de Paris", man würde Deutschland schlecht kennen, wenn man annehme, es würde die Abstimmung des amerikanischen Senats nicht ausnützen, um die wesentlichen Bestimmungen des Friedensvertrages noch einmal zu erörtern. Aber der Ausfall der Vereinigten Staaten könnte auch die einfache und glatte Annullierung des englisch-französisch-amerikanischen Schutzvertrages, durch den England sich verpflichtet habe, Frankreich bei einem Angriff Deutschlands beizustehen, herbeiführen.

Laut „Presse de Paris" bildet die Abreise Simsons und seiner Mission vorwiegend den Gesprächsstoff. Die Gründe, die der deutsche Diplomat angebe, seien nicht überzeugend, wenn er sage, man müsse die deutsche Nationalversammlung über das Protokoll befragen, so mache er sich lustig, denn der Inhalt des Protokolls sei seit Beginn des Novembers bekannt. Es könne sich also nur um ein Manöver handeln. Deutschland wolle das Köcern des amerikanischen Senats ausbeuten. Aber dieses Manöver werde der Fünferrat durchkreuzen. Uebrigens müsse man wiederholen, daß die Regierung von Berlin am meisten daran interessiert sei, das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles sicher zu stellen.

Die deutsche Regierung und die Abreise.

Berlin, 25. November. Das Reichskabinett beriet gestern über die Lage im Baltikum und in Wien, hauptsächlich aber über die Abreise des deutschen Bevollmächtigten von Simson aus Paris. Wie die „D. Allgem. Ztg." schreibt, hat diese Abreise beim Verband und besonders in Frankreich neben offensichtlichem Unbehagen und Ueberraschung Kommentare hervorgerufen, die der deutschen Regierung Motive unterschieben, die weniger den Tatsachen als dem durch die Abreise erzeugten Mißmut entsprechen dürften.

Eine weitere Meldung aus Berlin besagt: Das Reichskabinett wird am Mittwoch unter Hinzuziehung der Parteiführer der Nationalversammlung zu der durch die plötzliche Rückkehr des deutschen Delegierten von Simson aus Paris geschaffenen Situation Stellung nehmen.

Der Oberste Rat zur Unterbrechung der Verhandlungen.

Paris, 24. November. (Havas.) Der Oberste Rat beschloß, an die deutsche Delegation in Beantwortung der Note, mit der sie der Friedenskonferenz die Abreise ihrer Bevollmächtigten nach Berlin mitteilt, eine Note zu richten. Sie wird ohne Zweifel morgen veröffentlich werden.

Der Rat beschloß auf Verlangen der polnischen Delegierten, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen in Paris stattfinden müßten. Dies bezieht sich auf die Uebergabe von verschiedenen Gebieten und auf wirtschaftliche Fragen. Die Vertreter der Großmächte entschieden, daß die Verhandlungen zwischen den polnischen Delegierten und dem Freistaate Danzig in dieser Stadt beginnen und daraufhin in Paris fortgesetzt werden müßten.

Eine Note Clemenceaus.

Immer noch keine Herausgabe der Kriegsgefangenen.

Berlin, 25. Nov. Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist auf sein Schreiben wegen der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich eine Note Clemenceaus übergeben worden, in der es u. a. heißt:

Die französische Regierung hat niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Angesichts der planmäßigen Verwüstung aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nord-Frankreichs darf sie einer Abweichung vom Vertrage zu Gunsten der deutschen Gefangenen nicht zustimmen.

Die Gefangenen werden augenblicklich grade dazu verwendet, mit der Wiedergutmachung dieser abscheulichen Taten den Anfang zu machen. Die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind zu grausam verletzt worden als daß eine Vergünstigung, wie die von ihnen erbetene, von der französischen öffentlichen Meinung zugestanden werden könnte!

Doch damit nicht genug, Deutschland hat durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages die

Herausgabe der Deutschen,

die in ihrer Amtstätigkeit diese Greuel begangen haben, auf sich genommen und jetzt erklärt sich ihre Regierung, bevor sie noch mit der Frage befaßt wird, außerstande, das gegebene Versprechen einzulösen, was die schwersten Folgen haben könnte.

Wenn unsere Verbündeten schon im Monat September mit der Heimschaffung der Gefangenen begonnen haben, so ist dies geschehen, weil die französische Regierung geglaubt hat, dem nicht widersprechen zu wollen. Keiner unserer Verbündeten ist in seinen Gefühlen und Interessen so tief verletzt worden, wie die Bewohner von Nord-Frankreich. Wie würden diese es aufnehmen, wenn die zu den ersten dringenden Arbeiten herangezogenen (übrigens materiell wie moralisch durchaus gutbehandelten) deutschen Gefangenen vor dem im Versailler Vertrage festgesetzten Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages Frankreich verlassen? Dies ist um so weniger möglich als mit der deutschen Regierung noch keine endgültige Verständigung darüber erzielt ist, unter welchen Bedingungen zivile deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung Frankreichs gestellt werden sollen.

Die deutsche Regierung hat planmäßig die Ausführung der Waffenstillstands-Bedingungen verzögert, indem sie sich dem an sie ergehenden Ersuchen entzog und die bindenden Vorschriften offen verletzte.

Es muß erinnert werden an die Versenkung der Flotte in Scapa-Flow, an die verzögerte Auslieferung der Schiffe, an die hinhaltende, dem Buchstaben wie dem Geiste des Waffenstillstandes widersprechende Politik, die in den baltischen Provinzen trotz aller Aufforderungen der Verbündeten betrieben wurde, an die in die Verfassung aufgenommenen (und bis jetzt beibehaltenen) zweideutigen Artikel, an die Propaganda, die in Elsaß-Lothringen und überall mittelst ungeheurer durch die finanzielle Not nicht herabgeminderten Kredite unablässig gegen die Verbündeten betrieben wird? Wie schulden Deutschland nichts als die genaue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, den es am Ende des erbarmungslosen Krieges angenommen hat.

Kleines Feuilleton.

Hallische Kunstausstellung.

II. Hallische Künstlergruppe.

Eine kaum ein halbes Jahr zusammengeschlossene Künstlerschaft. Der Grund dieses Zusammentretens: eine neue künstlerische Bewegung und Form, die in diesen Künstlern aus einer langen Versenkung nach der großen Empfindung aufbrach, in gemeinsamer Aktion vorzutragen. Die Empfindung und die Form ist der Expressionismus. Die Kunst der neuen Zeit: nie so viel Mitläufertum, aber auch nie so viel unerhörte Größe.

Hier in dieser nie hoch genug zu bewertenden hallischen Kunstausstellung vollzieht sich die erste Schau. Es wird auch eine Doppel-Lampenfieber davor gewesen sein. Doch sie galt nicht dem abgearenzten Bourgeois, der Verständnislosigkeit hatzt und selber die nie zu verstehende Figur ist, sondern dem empfindenden, vollwertigen Betrachter, dessen Erhoben- oder Nichterhobensein die ganzen künstlerischen Weltmacke in den Händen hatte.

Die erste Schau wurde zur Triumphschau!

Ein nicht zu unterschätzendes Moment kommt noch hinzu, das ein sicheres und wachsendes Fortbestehen der „Hallischen Künstlergruppe" erweisen kann. Es ist die Nichtvereidigung auf den Expressionismus, die Schaffensparole an alle Künstler: Ehrlichkeit. Nicht ein expressionistisches Mäntchen zu wegen der Konjunktur (welchen Vorwurf man einigen der in dieser Gruppe vertretenen Künstler machen kann!), sondern Schaffendes Ringen der im Innersten pochenden und notwendigen Form. Der am stärksten auftretende und wesensstärkste Künstler ist Karl Völker. Sein über umfangreich aufgefächertes Werk: Oelbilder, Aquarelle, Holzschnitte, Plastiken. Kein Werk, das die große Form vermissen läßt. In jedem Werk Dokumentieren des auffriesenden Künstlers. Nur in der Plastik „Mutter und Kind" verrät sich der Bildhauer: die Plastik ist nicht wegen seiner äußerlichen faszinierend blau und gelb gegebenen Farbe, sondern wegen seiner Formgestaltung, daß das Wesen der Skulptur verfaßt, das Bildhauerwerk eines ausgesprochenen Malers. Die Größe der Vision ist bei alledem unverkennbar. Die andere Plastik „Spiel" wird in seinem rhythmischen und doch strengem Aufbau als Hilfsgebilde empfunden, es ist ein eigenartiges und eins der mitziehenden Bildwerke der Ausstellung. Aber ein Maler ist immer noch dem Bildhauer übergeordnet. Man hat das Fühlen, daß die Oelbilder verschiedenen Entwicklungsepochen angehören, daß von einer starken, wenn auch dekorativ (was in einem vollendeten und ausdrucksstarken Hinwegsein der Vision noch lange kein Vorwurf sein kann!) anmutenden Malweise zu zusammenfassender Einheit und Geschlossenheit, allerdings noch durchsetzt mit alten Formelementen, übergegangen wird. Am Anfang steht ein Stillleben, es folgen Bilder wie eine „Pietà", „Fischen", „Beweinung", deren Farbenempfindung eine Künstlergröße präsentiert. Am Ende dieser Entwicklung stehen die „Rehe", durchaus nicht wesensverwandt dem genialen Tiermaler Franz Marc, und doch eine urtiefgene Hartheit der Formen und Farben aufweisend. Die neue Stufe ist die ungeheuer massige und doch zart durchgeflossene „Geburt" und die bewegungsflackernde „Nächtliche Vision". Ein Aquarell „Landschaft" ist Synthese im expressionistischen Sinne, stark und kühn aufgefaßt. Die Holzschnitte sekundieren dieses Werk in ebensolcher Formbrinnung und ein mächtiger Zyklus „Schicksale" ist eine dramatische, politisch und ethisch bedingte, künstlerische Auseinandersetzung des Menschen seiner Zeit. Aufmerkung: Hier steht das Werk eines Künstlermenschen.

Kurt Völker ist das weniger starke Format seines größeren Bruders. In gewissem Sinne auch künstlerisch abdankata. Aber eine mit gedämpften Farben starke „Schmiede" und „Johannisnacht", vor allem auch Kreidezeichnungen und Holzschnitte lassen den Mann an größerer Entwicklung offen.

Eigenartig in sich selbst ruhend ist Werner Lude. Schon in seinen Landschaftsaquarellen offenbart sich eine kultivierte und doch durchaus neuwertende Malweise, während in einer „Grableuna" sich die neuzeitige Gefühlsstrenge erbedt, wesensverwandt dem Gotiker Mathias Grünewald. Nur eine „Verspottung" erweist nicht die künstlerische Höhe der anderen Werke.

Ebenso will Rüdiger Berlit-Leipzig für sich gewertet sein. Starke Linienführung mit ebenso anpassender Farbebung läßt das im Wesen fleiende Gefühl nie an die Oberfläche tauchen, eine Landschaft reikt in seiner wahnsinnigen menschlichen und farbigen Durchdringung über die Erdaebundenheit hinaus. Seine Holzschnitte bringen Wesentlichkeit und kühl-zarte Einfachheit.

Fast ganz ein Leuaner der gegenständlichen Welt ist Schwimmer-Leipzig. Aber er bringt sein Gefühl, er muß eindringen und vor allem ein Bild „Gefangen" ist Ausdruck einer sehrenden Melancholie und erdhafter Niederschlagung. Schmidt-Calm und Hanns Markowski bringen ein gutes handwerkliches Können, suchen nach einer eigenen Form, bringen ihr künstlerisches Gefühl recht und schlecht nach ihren Kräften. Eine Eigenheit gibt sich in den Holzschnitten Schmidt-Calms.

Paul Radojewsky reichhaltiges Werk ist zugleich die Aufzeichnung seiner Grenzen, die die tüchtige Arbeit eines ehrlich schaffenden Künstlers sind. Nur ein Oelbild „Bergiges Ufer" fällt aus diesem annehmbaren Rahmen, riecht, ob gewollt oder nicht, zu sehr nach Karl Völker.

Zwei ganz dekorative Talente mit den Ambitionen der Porträtisten im expressionistischen Wurf sind Richard Degenkolbe und K. Wieschala. Gewiß eine bestechende Form und eine pathetisch strahlende Farbe, aber der tiefere Sinn will manchem und mir nicht einaukartätschen sein.

Rolf v. Kloch ist ein sympathischer Entwerfer im Sinne von Friauriesen, ein Aquarell „Der Redner" hat in dieser Bedeutung stärkste Wirkung.

Wilhelm Krüger bringt Pastelle von einem Aufenthalt an der Ostsee, bringt Farbenfreudeit und gemeisterte Vorwürfe.

Ganz für sich stehend und meisterhaft bedeutend ist Paul Hartmann in seinen Holzschnitten. In diesem Genre das Stärkste der Ausstellung. Man glaubt größere Vorbilder feststellen zu können und kommt doch bei der Vertiefung immer auf das selbstbewußte Selbstsein dieses Schaffenden zurück. Restlos ist die Form erfüllt, die Holzschnitte „Bauernschänke", „Schiffer im Sturm", „Steppenpferde" sind das Werk einer sicheren Vollendung.

Paul Pabst und Gustav Raaler erheben kaum Anspruch auf künstlerische Hinausführung. G. Benjamin und Charlotte Beidt sind ordnende kunstgewerbliche Könnerinnen.

Die Bildhauerarbeiten entladen zuerst zwei Künstler, Vater und Sohn. Paul Horn sen. und Richard Borgk. Paul Horns „Halbakt" entfesselt eine zarte und mitnehmende expressive Formempfindung, die einen Veraleich mit Lehmbruch aufforderd. Eine Porträtbüste nehört einer früheren unbedeutenden Zeit an, ein blauer „Geiger" vermittelt empfindungsbeseelte Gefühls-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191125-14/fragment/page=0002

Das klägliche Ende der Abenteurer.

Mit großem Tamtam in Szene gesetzt haben die Landsknechte, die, um ihr deutsches „Vaterland" zu retten, sich in russische Dienste begaben und mit der russischen Kokarde herumliefen, kläglich Schiffbruch gelitten. In hirnverbrannter Landsknechtmanier haben sie nichts als ihre kleinen eigenen Interessen vertreten und haben Deutschland, das deutsche Volk dadurch in neue Not (Ostseeblockade) gebracht. Den Soldaten, die von ihren Führern irregeleitet, belogen und betrogen wurden, muß man manches zugute halten. Jetzt ist die ganze Herrlichkeit, wie es nicht anders zu erwarten war, zusammengebrochen und das deutsche Volk wird nunmehr trotzdem so gutmütig sein und diese Gesellen, die es so bitter schlugen, ernähren.

Ueber die Lage im Baltikum wird berichtet: Die Reste der deutschen Legionen, verschiedene Freikorps, darunter das von Brandis, haben sich südlich von Mitau gesammelt. Der rechte Flügel steht bei Kruki in Verteidigung. Der linke Flügel hält die Bahn Mitau—Schaulen. Hier sind fünf aus Mitau kommende Flüchtlingszüge mit vorwiegend deutschstämmigen Flüchtlingen von den Litauern zusammengeschossen worden. Viele Tote sind gemeldet. Es wird versucht, die Bahnstrecke offen zu halten, damit wenigstens der Rücktransport der übrigen Flüchtlinge vor sich gehen kann. Die Eiserne Division geht anscheinend ziemlich geordnet zurück. Die Reste des linken Flügels, meist aus Russen bestehend, sollen sich im Raume Murajewo-Popeljany versammeln. Nach Abmarsch der Gruppe Plehwe, die bei Libau stand, ist die linke Flanke gegen die von Libau vorrückenden Letten offen. Sie wird durch schwächere Abteilungen östlich Prekuln geschützt. Die Litauer setzen ihre Angriffe gegen die Bahn Mitau—Schaulen fort. Radswilliskki ist von ihnen besetzt. Sie sind weiterhin bis Szyslany vorgedrungen. Die von Schaulen ausgehenden Bahnen sind bis Szyslany in deutscher Hand. Admiral Hopmann wird mit der Ententekommission in Schaulen erwartet. Im Ganzen ist die Lage außerordentlich ernst, an einigen Stellen verzweifelt.

Die „Leipz. Volksztg." brachte eine Meldung, daß die deutsch-baltischen Truppen von Awalow-Bermondt in Mitteldeutschland, in der Gegend von Merseburg, konzentriert werden sollen. Das „Volksblatt" bringt sie gestern ebenfalls. In Wirklichkeit soll es heißen, daß sie interniert werden sollen. Wo, ist aber noch nicht entschieden.

Die Regierung und die Baltikumer.

Das Kabinett wird sich, laut „Deutscher Allg. Ztg.", in einer heutigen Sitzung mit den außerordentlich schwierigen und ernsten Verhältnissen im Baltikum befassen.

Das Blatt erfährt weiter, daß die Verbandskommission zur Prüfung der baltischen Angelegenheiten die Beförderung größerer Truppenmassen, die den deutschen Truppen im Baltikum zu Hilfe kommen sollen, abgelehnt hat. Wolle man auch zugeben, daß die Truppen von ihren Führern verführt worden seien, daß zum Teil seitens dieser Führer mit gefälschten Befehlen der Reichsregierung gearbeitet worden sei, so müsse doch andererseits daran erinnert werden, daß die Truppen von der Reichsregierung seit dem Juli zurückgerufen wurden, in die Heimat zurückzukehren.

Die Ostseeblockade ist sicher auf das Konto dieser Vorgänge zu setzen. Die Behandlung der Kriegsgefangenenfrage ist auch durch diese Vorgänge im Baltikum beeinflußt worden.

Die Kohlenförderung.

In allen Kohlenrevieren haben sich in den letzten Monaten die Förderungsziffern gehoben. Diese Tatsache ist nicht zuletzt auf eine Besserung der Arbeitsverhältnisse zurückzuführen. Im Ruhrrevier ist die Förderung auf arbeitstäglich 245 000 Tonnen gestiegen. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Förderung von 60 bis 70 Prozent und gegen die Friedenszeit von 60 Prozent. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Oberschlesien. Auch hier ist ein langsames aber stetiges Ansteigen der Förderung zu verzeichnen. Es werden arbeitstäglich 100 000 Tonnen gefördert. Auch in den Braunkohlenrevieren hat die Förderung und die Briketterzeugung zugenommen. Es werden jetzt 90 Prozent der Produktion der letzten Kriegszeit gefördert. Die Briketterzeugung beträgt heute 80 Prozent des Vorjahres. Die Erhöhung der Förderungsziffern ist nicht zuletzt auf die Vermehrung der Belegschaften zurückzuführen. Die Stärke der Belegschaften beträgt: im Ruhrrevier 440 000 Mann (während der letzten Kriegszeit 450 000 Mann, vor dem Kriege 390 000 Mann), in Oberschlesien 150 000 Mann (während der letzten Kriegszeit 160 000 Mann, vor dem Kriege 124 000 Mann). In den Braunkohlenrevieren haben sich die Arbeiterverhältnisse ähnlich entwickelt. Eine weitere Steigerung der Belegschaften ist abhängig von der Schaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die Arbeiter. Es ist dringend zu wünschen, daß das Reichswirtschaftsministerium das von ihm aufgestellte Siedlungsprogramm durchführt, um eine weitere Steigerung der Belegschaften zu ermöglichen. Sollen die Belegschaften entsprechend den Friedensziffern vermehrt werden, so sind dazu 150 000 neue Wohnungen erforderlich, was eine Ausgabe von 3½ Milliarden Mk. bedeuten würde.

Die unabhängig-radikalen Bremser.

Die neue Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die nach der Stuttgarter Generalversammlung in ihrer großen Mehrheit aus Unabhängigen (Dißmann, Brandes, Richard Müller) besteht, hat, wie ein Rundschreiben im „Vorwärts" sagt, an die Vorstände der Ortsgruppen ein längeres Rundschreiben ergehen lassen, das sich gegen die „willkürlichen Streiks wendet. Es heißt darin, die Streiks hätten Millionen verschlungen und in den Kassen der Metallarbeiterverbände außerordentlich aufgeräumt. Besonders der Berliner Streik habe sehr erhebliche Geldmittel erfordert, so daß es an der Zeit sei, von der Waffe des Streiks sparsamsten Gebrauch zu machen. Es müsse einmal gesagt werden, daß die Verbandsinstanzen von den Mitgliedern und Leitungen der einzelnen Zahlstellen verlangen müßten, daß sie alles daran setzten, Lohnbewegungen auf dem Vertragswege zum Ziele zu bringen.

Das Rundschreiben stellt sodann für die Lohnbewegungen bestimmte Grundsätze auf: Vor allen Dingen sollen alle Einigungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden. Ist eine Einigung nicht zu erzielen und wird der Streik beschlossen, so hat sich die Ortsleitung an den Hauptvorstand um die Genehmigung zur Arbeitsniederlegung zu wenden. Unterlassen das die Streikenden, so ist das gleichbedeutend mit ihrem Verzicht auf die Streikunterstützung des Verbandes. Das Rundschreiben erklärt zum Schluß: Die allgemeine Lage und die finanzielle des Verbandes im besonderen legen den Mitgliedern die Pflicht auf, von unerfüllbaren Forderungen abzusehen. Als solche werden besonders aufgeführt: Die Abschaffung der Akkordarbeit und außerordentliche Beihilfen.

Das sind nun die neuen Männer, die eine ganz neue Aera in der Gewerkschaftsbewegung einzuleiten gedachten. Wir müssen gestehen, wir glaubten niedaran. Daß sie aber so brav in den alten Bahnen weiterwandeln würden, das überrascht uns doch etwas. Wozu denn da die Aenderung im Vorstand? Man hat stark das Gefühl, als ob es den Schreiern weniger um eine neue Taktik und mehr um eine sichere Versorgung ihrer Person zu tun war. Früher war es ein beliebtes Agitationsmittel der Unabhängigen, den rechtssozialistischen Führern und „Gewerkschaftsbonzen" das „Bremsen" vorzuwerfen. Jetzt bremsen sie selbst und wie.

Sachlich vermag die unabhängige Presse zu der Veröffentlichung des oben erwähnten Rundschreibens, das für sich selber spricht, nichts zu sagen. Sie heulmeiert infolgedessen über die moralische Schlechtigkeit, die darin bestünde, es den Arbeitgebern zur Kenntnis zu bringen und dadurch die Arbeiterinteressen zu schädigen. Ganz abgesehen davon, daß die Unternehmer das Rundschreiben längst kannten, wie die Veröffentlichungen in der „Voss. Ztg." und in der „Frankf. Zeitung" beweisen, ist es für denkende Menschen selbstverständlich, daß es nicht das Aussprechen der Tatsachen ist, welches schadet, sondern höchstens das Schaffen von Tatsachen, die man geheim halten möchte. So liegt es auch hier: die Unternehmer wußten längst, wie es im Metallarbeiterverband jetzt steht, nur denArbeitern muß man es noch recht deutlich sagen, was geschehen ist: die Unabhängigen haben in sinnlosen Streiks vier Wochen nach Antritt ihrer Herrschaft den größten Teil des Vermögens des Metallarbeiterverbandes vergeudet, das sorgsame Mehrheitssozialisten aufgehäuft hatten, und jetzt bremsen die Unabhängigen genau in derselben Weise, die sie früher den Mehrheitssozialisten als Verbrechen angerechnet haben. Und auf Grund dieses Tatbestandes kann nun jeder entscheiden, was größer war: die Unfähigkeit der Unabhängigen zur Führung einer Gewerkschaft oder die Verlogenheit der Demagogie, mit der sie frühere Gewerkschaftsleitungen herunterrissen.

Herr Ledebour weiß nichts von dem Attentat auf seine Person.

Die „Freiheit" muß eine neu aufgenommene unabhängige Geschichtslegende zu ihrem großen Leidwesen widerlegen. Aus dem Niederruf auf Ledebour vor dem Reichstag und der anschließenden Prügelei hatte die unabhängige Presse ein „mißglücktes Attentat auf Ledebour" gemacht. Jetzt teilt Ledebour in der „Freiheit" selber mit, daß der Vorfall ganz harmlos gewesen sei und er selbst von einem Attentat auf sich nichts wahrgenommen habe. Die „Freiheit" entschuldigt die Legende mit der anderen Lüge, daß doch Haase von der Reaktion — nämlich von dem unabhängigen Lederarbeiter Voß! — ermordet worden sei.

Fortdauernde Unruhen in Aegypten.

Amsterdam, 24. November. „Times" melden aus Kairo, daß die Unruhen in Aegypten fortdauern. In Alexandrien fanden große Kundgebungen statt. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Bei den Unruhen in Kairo am Sonntag betrug die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung 84, darunter sieben Tote.

Oberst Reinhardt soll gehen. Es wird gemeldet, daß die Regierung dem Provokateur Oberst Reinhardt endlich den wohlverdienten Fußtritt geben wird.

Industrie- und Handelskammern. Den Handelskammern ging der vorläufige Gesetzentwurf über Industrie- und Handelskammern zu. Nach der „Voss. Ztg." finden in diesen Tagen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Kammern über den Entwurf statt.

Der Oberste Wirtschaftsrat vertagt. Aus Rom wird gemeldet: Der Oberste Wirtschaftsrat führte gestern seine Arbeiten zu Ende und vertagte sich bis Mitte Januar nächsten Jahres.

In England werden die Kohlen billiger. Geddes teilte mit, daß der Preis von Hausbrandkohle am 1. Dezember um 10 Schilling pro Tonne herabgesetzt werden soll.

Deutsche Nationalversammlung.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs einer Reichsabgabenordnung.

Präsident Fehrenbach stellt die ausstehenden Abstimmungen über die §§ 5, 11 und 14 obermals vorläufig zurück, macht aber darauf aufmerksam, daß er bei dem nächsten strittigen Paragraphen auch über die ausstehenden anderen Paragraphen abstimmen lassen werde.

Beim dritten Abschnitt Finanzämter spricht Abg. Brodauf (Dem.) über die Uebertragung von Steuergeschäften an die Gemeinde-Steuerämter. Die Heranziehung der geübten Gemeindesteuerbeamten zur Reichssteuerverwaltung sei erwünscht.

Unterstaatssekretär Moesle: Wieweit die Gemeindesteuerbeamten zum Reichsdienst herangezogen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Natürlich wird auf die geschulten Kräfte zurückgegriffen werden.

Eine große Reihe von Paragraphen wird in der Ausschußfassung mit unwesentlichen Abänderungen ohne erhebliche Debatte angenommen.

Zu § 172 wird ein Antrag Düringer (Dn.) angenommen, wonach dem Steuerpflichtigen bei seiner Vorladung vor dem Finanzamt schriftlich die Punkte mitzuteilen sind, über die er sich äußern soll.

§ 175 wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso § 5 nach Ablehnung der Abänderungs- und Streichungsanträge.

Zu § 11 wird ein Abänderungsantrag Löbe und Burlage angenommen, wonach die Abgrenzung der Bezirke der Landesfinanzämter durch Reichsgesetz bis spätestens zum 1. April 1921 zu geschehen hat.

Dem § 14 wird auf Antrag Katzenstein (Soz.) ein Absatz hinzugefügt, der die Richter des Finanzgerichts für ihre dienstlichen Bestrafungen u. a. den Mitgliedern des Reichsfinanzhofs gleichstellt.

§ 194 bestimmt: „Wer Erzeugnisse, die nach den Verbrauchsabgabengesetzen zu versteuern sind, gewinnen oder herstellen will, hat dies dem Finanzamt anzumelden."

Der Antrag Jungnickel (Soz.), zu sagen: „Wer Gegenstände gewinnen, herstellen oder umsetzen will, an deren Gewinnung, Herstellung oder Umsatz eine Steuerpflicht geknüpft ist, hat dies usw.", wird angenommen.

Zu § 216 wird ein Antrag Burlage angenommen, wonach die Vorschriften des Absatzes 3 des § 210 (Beschwerde gegen Steuerschätzungen) nicht gelten für den Fall der Verweigerung einer Versicherung an Eidesstatt.

In § 212 wird bestimmt, daß Neueranlagungen zulässig sind, wenn die Nachprüfung eine eigene Veranlagung rechtfertigt, auch bei der Erbschaftssteuer.

Der Ausschuß hatte die Erbschaftssteuer davon ausgenommen.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) beantragt, die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Die Abgg. Schneider-Franken (Ztr.) und Ludewig (Dem.) sprechen gegen, Abg. Katzenstein (Soz.) für den Antrag, der angenommen wird.

Abg. Dr. Taucher (Ztr.) beantragt die Einfügung eines § 355a, wonach straffrei bleibt, wer in unverschuldetem Irrtum über das Bestehen oder die Anwendbarkeit steuerrechtlicher Vorschriften die Tat für erlaubt gehalten hat.

Abg. Dr. Siehr (Dem.) stimmt dem Antrage zu.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.) beantragt zu diesem Antrag einen Zusatz, der den Antrag noch drei Jahren außer Kraft treten lassen will.

Abg. Dr. Graf zu Dohna (D. Vpt.) tritt für den Antrag Taucher ein, ist aber gegen eine zeitliche Beschränkung der Klausel.

Der Antrag Taucher wird angenommen, der Antrag Braun abgelehnt.

Ohne erhebliche Abänderungen wird nach den Beschlüssen des Ausschusses der Rest des Gesetzes angenommen.

Abstimmungen über die Entschließungen des Ausschusses, über die Petitionen, über den Zehneranausschuß für die Ausführungsbestimmungen usw. werden zur dritten Lesung zurückgestellt.

---

mellen, ein „Auftiea" ist Ahnen einer noch kommenden, neuen Welt eines in vielem vollendeten Künstlers.

Richard Borat ist der Kämpfer um die künstlerischen Werten und Formen eines gedanklichen Menschen. Eine „Erotik" läßt nur den Anfang ahnen, zwei langenziale Plastiken sind die arbeitsvollen Zwischenstationen eines hart erkämpften Auftieas. Seine Zeichnungen sind künstlerische Erlebnisdarlegungen eines metaphysischen Menschen, ein Entwurf zu einem Volkshaus ist klar und vermeidet die eingezwängte Architektenkenntnis.

Heinrich Staude ist der Suchende nach eigener Gestung. Rose Schlesinger gibt in einer formstrengen Porträtstude für Bronze und in einer bewegungsstarken Porträtstude für Terrakotta eine selbständige künstlerische Persönlichkeit.

Wie in den Räumen des „Pfiua" zwei Architekten: Otto Flaw und Martin Knauthe. Unwesentlich die zwei Arbeiten Glaws, selbständig und eigenartig, besonders die farbige Skizze für ein Kino, das Werk Knauthes, der mit zwei Selbstporträts seine malerischen Qualitäten aufzeigt.

— Otto Brattskoven.

Tanzabend Nina Hard. Auch die Tanzkunst unerlegt Meter Wandlung und Steigerung. Dies zeigt sich sowohl bei Gesellschafts- und Volkstänzen, an denen trotz fünfjährigem Krieg die Generationen der Eltern und Großeltern oft nur staunend Mitte teilnehmen können, wie auch bei der rein künstlerischen Tanzdarstellung. Besonders Hervorragendes darin bot gestern Abend Frl. Nina Hard im Mozartsaale dar. Die Wiederkehr der charakteristischen Darstellungen, Bewegung, Mimik und Tanz immer wieder in neuer Farbenpracht erscheinenden Kostüme des wechselreichen Programms hielt die Besucher in fortwährendem Staunen und entfesselten reuen Beifall. — Auch der musikalische Teil von Herrn H. H. Kaul am Klavier rief lebhaften Beifall und Bewunderung des zahlreich erschienenen Publikums hervor.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet die 2. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus statt. Als Solisten wirken mit Professor Heinrich Kiefer, Dresden, Cello, sowie Dina Mahlendorf und Kammersänger Oskar Bola. Die beiden letztgenannten bringen eine Anzahl Pfitzner-Lieder zum Vortrag, die der Meister selbst am Flügel begleitet. Professor Kiefer spielt in Gemeinschaft mit Prof. Dr. Pfitzner dessen Cello-Sonate. Tageskarteninhaber können die Veranstaltung gegen Nachzahlung der Differenz des Eintrittspreises besuchen. Morgen, Mittwoch, 3. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus, zum ersten Male „Das Christelflein", Spieloper von Hans Pfitzner unter persönlicher Leitung des Komponisten. Die Besetzung des Werkes wurde bereits bekanntgegeben. Die Vorstellung dürfte weit über die Mauern der Stadt Halle hinaus Interesse erwecken, da eine große Anzahl auswärtiger Kartenbestellungen zum Teil von namhaften Persönlichkeiten der Musik und Theaterwelt vorliegen. In dem am Donnerstag, den 27. November, stattfindenden Orchesterkonzert, für das als Solistin Gertrud Meinel, Dresden und Wilhelm Gutzmann, Berlin, gewonnen sind, wird Prof. Dr. Hans Pfitzner nicht nur eigene Kompositionen dirigieren, sondern auch die 4. Sinfonie D-moll, von Schumann und die 7. Sinfonie von Beethoven zum Vortrag bringen. Auch für die Christelflein-Aufführung, sowie für das Orchester-Konzert werden den Tageskartenkarteninhabern soweit noch Platz vorhanden ist, die für den Liederabend eingeräumten Vergünstigungen gewährt. Freitag geht die zu Feier von Schillers 160. Geburtstag geplante und wegen Erkrankung von Eugen Teuscher verschobene Neueinstudierung des „Don Carlos" in Szene. Sonnabend „Tosca". Sonntag vormittag zweiter Vortrag im Zyklus „Das Drama der Jugend in Deutschland" über „Die romantische Jugendbewegung" von Privatdozent Dr. Wolfgang Liepe, nachmittags Volksvorstellung „Kameraden", abends „Das Christelflein".

Liederabend Eva und Friedrich Plaschke. Wie nicht anders zu erwarten, gibt sich für dies Konzert das berühmten Dresdener Sängerehepaares das lebhafteste Interesse kund. Auf dem Programm stehen auch Duettgesänge, sodaß es also auch möglich ist, die beiden hervorragenden Stimmen vereint zu hören. Der Ruf der beiden Plaschkes als Bühnen- und Konzertsänger steht in der ganzen musikalischen Welt so fest, daß es hiesse „Eulen nach Athen" tragen, zu ihrem Lobe noch groß etwas sagen zu müssen. Karten bei Heinr. Hothan, Gr. Ulrichstraße.

Curt Wilde, das beliebte frühere Mitglied des Stadttheaters, ist für den 7. Abend für heitere Kunst am 26. November 1919, abends ½8 Uhr, in den Thaliasälen gewonnen worden. Herr Wilde wird einige heitere Rezitationen zum Vortrag bringen. Außerdem wirken im Konzertteil des Abends mit Frl. Hedwig Moritz, Dessau und Herr Kurt Schreiber, Opernsänger am Stadttheater. Zum Schluß des Abends kommt Körners einaktiges Lustspiel „Der Vetter aus Bremen" zur Aufführung. Karten bei H. Hothan.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191125-14/fragment/page=0003

Aus der Provinz.

Ausschreitungen und Streik in Wolfen bei Bitterfeld.

WTB. Halle, 24. Nov. Unter Berufung auf ihre Arbeitswilligkeit verlangten Vertreter der Arbeiterschaft des Anilinwerkes in Wolfen bei Bitterfeld, daß am Bußtag, einem gesetzlichen Feiertag, der Betrieb weitergeführt werden solle. Die Werkleitung konnte dies mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe nicht gestatten. Darauf drang eine vielhundertköpfige Menge in das bestiedigte Bestitum des Direktors und zwang dieselben unter Drohungen, die Arbeitshätten freizugeben. Das Ermittelungsverfahren gegen die Hauptbeteiligten ist im Gange. Zur Unterstützung der Zivilbehörden bei Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit und Ordnung haben jetzt Truppen der Reichswehr-Brigade 16 (Freiwilligen-Landesjäger) Wolfen besetzen müssen. In ähnlichen Ausschreitungen wie in Wolfen ist es später im Werk Elektron I bei Bitterfeld gekommen.

Verhängung des Belagerungszustandes.

WTB. Halle, 24. November. Die Belegschaft des Anilinwerks Wolfen trat nach dem Einrücken der Truppen in den Streik, indem sie deren Zurückziehung und die Aufhebung des gerichtlichen Haftbefehls gegen den dortigen Rädelsführer Haar erhob. Ohne jeden Grund trat jetzt auch die Belegschaft des Werkes Elektron I, westlich Bitterfeld, auf dem ein Teil der Lichtversorgung Berlin beruht, in Streik, mit dem sie schon gedroht hatte. Dadurch ergibt sich die Gefahr des Erlassens der Grube und die schwere Bedrohung der Kraftlieferung an die Reichshauptstadt. Unter diesen Umständen sah sich der Militärbefehlshaber genötigt, den Ausnahmezustand über den Kreis Bitterfeld zu verhängen, wozu er bereits unter dem 21. November durch den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister ermächtigt worden war.

Ruhe in Bitterfeld.

Halle, den 25. Nov. (WTB.) In Bitterfeld herrschte laut „Voss. Ztg." bis zu später Abendstunde völlige Ruhe.

Königsrode. Mitgliederversammlung. Zu der in Kürze stattfindenden Vorstandswahl im Konsumverein wurde Stellung genommen. Es wurde empfohlen, nur solche Personen zu wählen, die in der Genossenschaftsbewegung erfahren sind. Um der „Volksstimme" weitere Verbreitung zu sichern, sollen den Mitgliedern 25 Pfg. des monatlichen Abonnementspreises von der Ortskasse erstattet werden. Leider war die Versammlung nur schwach besucht. Es zeigt, wie wenig Interesse die Genossen an ihrer eigenen Sache haben. Von allein kommt nichts und auch hier heißt es nicht: „Reaierung hilf, sondern helft der Reaierung. Helft euch selbst durch engsten Zusammenschluß." Leider droht unter der Arbeiterschaft wieder der alte Schlendrian einzureißen, der vor dem Kriege herrschte. Gegen diesen aefährlichen Schlaf muß sich die hiesige Bevölkerung wehren, denn es darf nicht sein, daß in Schafsvidlamkeit alle Fuktritte hinaenommen werden, die der Arbeiterschaft immer wieder von aewisser Seite versetzt werden.

Bernburg. Kreisdirektorwahl. Zum Kreisdirektor (Landrat) des Kreises Bernburg wurde mit allen Stimmen bei Enthaltung der Deutschnationalen, Genosse Redakteur Gäbner von Bernburg gewählt.

Gewerkschaftliches.

Die hannoverschen Metallarbeiter zum Verbandstag.

In zwei stark besuchten Versammlungen nahmen die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter in Hannover den Bericht über den Verlauf des Verbandstages in Stuttgart entgegen. Nach lebhafter Diskussion wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der Verwaltung Hannover des Deutschen Metallarbeiterverbandes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der jeden Gerechtigkeitssinn vermissenlassenden Haltung der Mehrheit auf der 14. Generalversammlung in Stuttgart. Aufs äußerste bedauert sie, daß der Verbandstag in Bezug auf Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsfragen völlig versagt hat. Die Versammlung erwartet, daß die neue Verbandsleitung sich bewußt ist, daß die Interessen der Mitglieder nur gewahrt werden können unter Beobachtung dessen, was den Verband groß und stark gemacht hat. Etwaige Versuche, den Verband einer bestimmten politischen Richtung dienstbar zu machen, werden wir mit aller Energie bekämpfen.

Des weiteren wurde ein Antrag, den seit dem 15. August d. J. aültigen Tarif für die hiesige Metallindustrie zu kündigen, mit gewaltiaer Mehrheit abgelehnt. Dafür aber einem Antrag der Ortsverwaltung zuzustimmt, eine Teuerungszulage auf die bestehenden Verdienste in Höhe von 25 Pfennig pro Stunde von den Arbeitsgebern zu verlangen, mit Wirkung von Anfang November an.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven (kein Rohfleisch) (Nachlieferung) in der Talamtschule am Mittwoch, den 26. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 bis 20 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 20 001 bis 40 000 nachmittags von 2—6 Uhr, sofern sie noch nicht mit Fleisch- und Wurstkonserven beliefert worden sind. Für jede Person eines Haushaltes kann eine Einpfunddose zum Preise von 5 Mk. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 26. November auf den Abschnitt 17 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Kunze, Körnerstraße 31 und den Milchhändlerinnen Brüggestraß, Unterberg 7 und Perwoll, Brandenburger Straße 10. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 70 Pfg. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Freitag, den 28. November, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Mittwoch, den 26. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 28 501 bis 29 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 29 001 bis 29 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushalts wird ¼ Pfund zum Preise von 50 Pfg. abgegeben, sofern der Verkauf in Spalte 7 des alten Lebensmittelscheines noch nicht eingetragen worden ist. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Marmelade. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Marmelade wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 26. November. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, die Marmelade bei denjenigen Verkäufern einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 434 des Warenbezugsscheines 26. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von Puddingpulver (Nachlieferung) am Mittwoch, den 26. November, in der Talamtschule. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 bis 20 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 20 001 bis 40 000 nachmittags von 2—6 Uhr, sofern sie bei dem letzten Verkauf von Puddingpulver noch nicht berücksichtigt worden sind. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Paket Puddingpulver zum Preise von 25 Pfg. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Graupen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Graupen am Mittwoch, den 26. und am Donnerstag, den 27. November, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 25. November 1919. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen für Delitzsch.

Die uns für Minderbemittelte überwiesenen Brennspiritusbezugsmarken für den Monat November kommen am Mittwoch, den 26. d. M., vormittags von 8—12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 1, zur Ausgabe.

Verkaufsstellen von Brennspiritus sind: Konsum-Verein, Ludwig Dieke, Albin Reichel, Walter Seidel, Franz Naumann, Ferdinand Winkler, Otto Simon.

Delitzsch, den 22. November 1919.

Der Magistrat.

Walhalla-Operettentheater. 1/8 Uhr: Die Faschingsfee. Kasse 10-1 1/2 u. 4-6.

Stadt-Theater Pfitzner-Zyklus unter persönlicher Leitg. d. Komponisten. Mittwoch, d. 26. Nov. 19, Anf. 7 1/2, Ed. v. 10 Uhr: III. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus: Erstaufführung: Das Christelflein. Spieloper. Donnerstag, 27. Nov. 19: abends 8 Uhr: IV. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus: Orchester-Konzert. Solisten: Gertrud Meinel, Dresden. Wilhelm Guttmann, Berlin.

Kaufe jeden Posten Hasen-, Kaninchen-, Ziegen-, Schaffelle usw. zu den höchsten Preisen. Händler Vorzugspreise. Fr. Halle, Fellhandlg., Halle a. S., Breitestraße 6, Telefon 4377.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Pelikan-Caramelbier Fast alkoholfrei! Aerztlich empfohlen! wieder in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Qualitäts-Dauerwäsche mit Stoffeinlage Manschett. Kragen Vorhemden. Grösste Auswahl. Billigste Preise. Dauerwäsche-Spezialhaus Geiststr. 53 schrägüber der Adler-Apotheke.

Wohnungstausch n. Halle Es bietet sich die Möglichkeit, für eine Familie, die nach Halle übersiedeln gedenkt, ihre hiesige Wohnung mit einer Wohnung in Halle, bestehend aus Stube, Kammer und Küche (bisheriger Mietpreis 260 Mk.) zu tauschen. Bewerber wollen sich umgehend beim städtischen Wohnungsamt, Saalstraße 10, melden. Weißenfels, den 25. November 1919. Der Magistrat. Daehn. Müller.

Jeder Raucher kann 1000 M. u. mehr jährl. b. Gebrauch m. unschädl. „Raucher" eig. Tabletten ersparen, durch die sich jeder d. Rauchen i. wenig. Tag. gänzl. abgewöhn. kann, wie Dankschr. beweis. Eine Schachl. (50 Tabl.) M. 4.50 frk. (Für Stark-Raucher 3 Schachteln M 12,—). E. Kemp, Seemannstr. 96, München 6.

Apollo-Theater Täglich abends 7 1/2 Uhr: Mit großem Erfolg: „Die Puppe". Operette v. E. Andrea, Lancelot M. Wilkens u. G. Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Der Tempelräuber

Ausbau von Dachgeschossen für Wohnungszwecke. Ein einfaches zweckmäßiges Mittel zur Behebung der Wohnungsnot der Ausbau von Dachwohnungen in hierfür geeigneten Gebäuden. Die hiesige Stadtgemeinde ist bereit, den Ausbau von Wohnungen dieser Art nach Möglichkeit zu fördern, evt. unter Gewährung von Baukostenzuschüssen. Nähere Auskunft wird im Wohnungsamt, Saalstr. 10, während der Sprechstunden mittags 12—2 Uhr erteilt. Weißenfels, den 25. November 1919. Der Magistrat. Daehn. Müller.

Thaliasäle. Mittwoch, den 26. Novbr. 1919, abends 1/8 Uhr (7. Abend für heitere Kunst) Auftreten von **Curt Wilcke** ehem. Mitglied des Stadttheaters. Karten zu Mk. 3.10, 2.10 1.05 bei H. Hothan.

Automatische Tränken für Geflügel in verschiedenen Größen und Ausführungen. „Eiverge", e. G. m. b. H., Gr. Märkerstraße 5.

Kohlenkiepen in allen Größen wieder vorrätig. Th. Lühr, Leipzigerstraße 94.

Erbsenstroh in Drahtballen. Eiverge, e. G. m. b. H. Gr. Märkerstr. 5.

Zigarren I. Qualität 70 und 130 Pfg. Probezehntel nicht unt. 300 St. Jean Ilgen, Unternehmer 6 Postscheck 43546, Zigarren-Großhandlg., Frankfurt a. M. (Handelserlaubnis).

Bekanntmachung. Durch fortlaufende Steigerung aller Gewerbeunkosten fühlt sich die Unterzeichnete gezwungen, den verehrten Hausfrauen mitzuteilen, daß das **Backgeld durch einstimmigen Innungsbeschluß erhöht wird.** Bei dieser Gelegenheit bitten wir die verehrten Hausfrauen, ihren Bedarf an Backwaren bei dem Bäcker zu decken, dem sie ihre Kuchen zum Backen bringen, denn jeder Bäcker muß hierbei viel Sorgfalt und Mühe verwenden. 10022 **Die Bäcker-Zwangs-Innung zu Halle a. S. und Umg.**

Knopflöcher in Mäntel, Blusen u. Wäsche liefert in kürzester Zeit Br. Lundenberg, Leipz. Str. 17, I Tr.

Konkurrenzlose Preise für **Platin Gold Silber** auch Altgold-Schmuck etc. zahlt Rathhausstr. 4, II. Klenk & Co.

Grosse Auswahl in Waschservicen Küchengarnituren Tellern. Sobel, Steinweg 45. Gelbrechstr. 9. Reisstr. Ammendorf Bahnhofstr. 3.

Großstückarbeiter und **Tagschneider** finden dauernde Beschäftigung bei Albert Drechsler Nachf., Poststrasse 17.

Das Vollkommenste im Geschmack ist das Schlüter-Brot Es muss wegen seiner Güte von Jedem gegessen werden. Zu haben in allen Scheffelbrot Filialen und in durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191125-14/fragment/page=0004

Die Mittellandkanalfrage und die Beschaffungsbeihilfe vor dem Stadtparlament.

Zwei Fragen von großer Bedeutung für die äußere und innere Politik der Stadt wurden gestern vor dem Plenum der Stadtverordnetensitzung aufgerollt. Doch zuvor diese beiden Fragen angeschnitten wurden, erfolgte die Einführung der neugewählten unbesoldeten Magistratsmitglieder, die nach einer längeren Ansprache des Oberbürgermeisters durch Handschlag auf ihr schweres Amt verpflichtet wurden. Von unserer Partei wurde Gen. Döbz zum Stadtrat erkoren. Diese feierliche Amtshandlung gab der Sitzung einen friedlichen Eindruck, der auch nicht durch den folgenden wichtigen Tagesordnungspunkt — Stellungnahme zum Mittellandkanal — gestört wurde. Diese Friedlichkeit war tatsächlich ein ungewohnter Anblick, und es berührte eigentümlich, wie sich Wolf und Lämmlein gegenseitig umwiederten. Man denke, der berühmte und vielgeschmähte Bürgerausschußmann Minner drückte Herrn Reiwandt verstohlen die Hand. Ein Glückwunsch für die Wahl zum Stadtrat. — Bei der Stellungnahme über die Linienführung des Mittellandkanals sprach sich die Versammlung einmütig für die Südlinie aus. Das ist schön so, denn wenn man sich auch sonst im Hause katzbalgt, so muß man doch die Streitaxt begraben, wenn es sich darum handelt, so lebenswichtige Interessen der Stadt zu vertreten, wie sie durch den Bau dieser Kanallinie angeschnitten werden. Hinter der feindlichen Mittellinie stehen, wie der Vorsteher anführte, sehr starke Interessengruppen, die im Verein mit den Städten Berlin und Magdeburg nicht zu unterschätzende Gegner sind. Deshalb muß den Stadtverordneten wie dem Magistrat Dank ausgesprochen werden für die Verteidigung der, für das ganze mitteldeutsche Industriegebiet so überaus wichtigen, Südlinie. Beim nächsten Punkt — Zahlung einer Beschaffungsbeihilfe — setzte der hässliche Zank sofort mit aller Kraft ein, und die Einigkeit der Stadtväter war so schnell verronnen, wie sie zustande gekommen war. Die Bürgerlichen wollen eben durchaus nicht begreifen, daß ein angestellter und Arbeiter sich in der gleichen wirtschaftlichen Notlage befindet, wie der Beamte. Es nützten keine noch so überzeugenden Argumente des Genossen Müller und der Unabhängigen, die Anträge der Linken (die Wünsche der Angestellten und Arbeiter) wurden rücksichtslos von dem bürgerlichen Block abgewiegt. Die Angestellten und Arbeiter, die zahlreich die Tribüne besetzt hatten, stießen laute Entrüstungsschreie aus, als sie wahrnehmen mußten, daß die beiden Vertreter des „Angestelltenringes" den Ausschlag zugunsten der Deutschnationalen gaben. Sogar der Ausgleichsantrag des Gen. Müller wurde von diesen Herren abgelehnt. Weiter hat gerade diese Abstimmung gezeigt, daß es höchste Zeit wird, daß die Unabhängigen nun bald einmal die verhängnisvollen Lücken in ihren Reihen ausfüllen. Denn die Sozialdemokraten sind doch in der Majorität. Es ist durch diese Bummelei schon sehr viel Schaden angerichtet worden. Wären gestern die drei fehlenden Unabhängigen anwesend gewesen, so hätten sich die Herren Heine und Kallmeyer noch so angestelltenfeindlich benehmen können, sie wären mit ihren Freunden auf der rechten Seite kläglich „hintenübergerutscht"; — und die Demokraten? — Sie halten die fortschrittlichsten Reden und handeln reaktionärtlich. Die Angestellten konnten aus dieser Sitzung klar und deutlich ersehen, wo ihre Vertreter sitzen, und werden sich wohl künftig nicht wieder von einem „Ring" fangen lassen. Eine endlose Debatte schloß sich an einen Antrag des Gen. Kleeis um Kommunalisierung der Hauspflege. Auch er wurde vom rechten Block abgelehnt. Wir haben eben in Halle nur umentwegte „Rechts"-„Demokraten". Zum Unglück blieb die Uhr stehen und die Stadtväter plauderten unter dem Schutz des stehengebliebenen Zeigers endlos weiter. Die Presse, die sich leider nicht nach stehengebliebenen Uhren richten kann, verließ deshalb den Saal, ehe die Stadtväter mit dem vorhandenen Redewurm zu Ende gekommen waren.

*

Sitzung der Stadtverordneten am 24. November 1919.

Da keine Einwände vorhanden waren, trat die Sitzung sofort nach ihrer Eröffnung in die Tagesordnung ein. Es erfolgte die Einführung der erwählten unbesoldeten Stadträte Gen. Döbz, Albrecht, Gelhar, Reiwand, Osterburg, Balle, Georg, Pfautsch, Uber, Finger und Siemens. Der Oberbürgermeister Dr Rive hielt an die Neugewählten eine Ansprache, in der er ausführte, daß es noch keine Zeit gegeben hat, in der den Stadträten so schwere Pflichten auferlegt wurden wie jetzt. Nur solche Männer können den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden, die restlos und mit ihrer ganzen Persönlichkeit für das Wohl und Wehe der Volksgenossen und der Stadt eintreten werden. Durch Handschlag verpflichtete er dann jeden Einzelnen.

Der Vorsitzende wünschte im Namen der Stadtverordneten den neuen Magistratsmitgliedern ein Glückauf zu fruchtbringender Arbeit. Er führte weiter aus: Sie treten vor uns als die erwählten Vertreter der hallenschen Bevölkerung und haben aus deren Hand ein hohes Ehrenamt bekommen. Nicht des kleinlichen persönlichen Vorteils willen haben Sie sich dieses Amt geben lassen, sondern nur aus dem Gefühl heraus, dem Ganzen und der Stadt zu dienen. Weiter spreche ich den nach jahrzehntelanger Tätigkeit ausscheidenden Magistratsmitgliedern für ihr selbstloses Wirken den Dank der hallenschen Bevölkerung aus. Ebenso ist es mir herzensbedürfnis, dem Stadtrat Finger für seine bisherige aufopfernde Arbeit für das Gemeinwohl, öffentlich Dank zu erstatten.

Es folgte hierauf die Wahl eines besoldeten Stadtrats. Mit 52 gegen 12 Stimmen wurde Herr Stadtrat Fischer aus Posen gewählt. Seine Pensionsklasse soll ab 1. Oktober 1914 gelten, das Dienstalter ab 1. Mai 1918 und die Besoldungsklasse ab 1. Oktober 1919.

Zu den nächstfolgenden Punkten ergriff der Vorsteher nochmals das Wort und wies auf deren ungeheure Wichtigkeit hin. Vor allem sei es die Festlegung der Baulinie des Mittellandkanals, die für die Außenpolitik der Stadt Halle von ganz außerordentlicher wirtschaftlicher Bedeutung ist. Das ganze mitteldeutsche Verkehrsgebiet ist weiter an dieser Frage lebhaft beteiligt. Bei der Frage, Mittel- oder Südlinie kann für uns, wie auch das ganze deutsche Volk nur die Südlinie in Betracht kommen. Alle Parteien müssen in dieser Frage eine einheitliche Front herstellen, denn für die Mittellinie sehen sich starke und einflußreiche Interessengruppen ein.

Als Berichterstatter des Verkehrsausschusses erläuterte Stv. Ritter noch einmal die ganze Anlage des Kanals. Er führte an, daß der Vorzug der Kürze, der der Mittellinie nachgerühmt wird, noch lange nicht ausschlaggebend sein kann, da die vorgeschlagene Südlinie eins der reichsten Industriegebiete erschließen würde und für Mitteldeutschland geradezu eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden ist.

Stv. Manschewski (Dem.): Da die Südlinie unverkennbar die größere Bedeutung hat, erkläre ich im Namen meiner Fraktion, daß wir die Südlinie unterstützen werden. Für die Deutschnationalen erklärte sich Stv. Steinbrück, für die Unabhängigen Stv Koenen mit dieser Kundgebung solidarisch.

Für unsere Fraktion machte Gen. Wilke folgende beachtliche Ausführungen: Das Bild, welches unser Verkehrswesen heute darbietet, lehrt uns, daß wir mit der einseitigen Bevorzugung der Eisenbahn und mit der Vernachlässigung des Baues von Wasserstraßen einen Fehler begangen haben. Bedauerlich ist es ja nun, daß wir diesen Fehler in einer Zeit gut machen wollen und müssen, wo unsere Finanzen wie unser wirtschaftliches Leben überhaupt so schwer darniederliegen. **Unsere Stellung zur Weiterführung des Mittellandkanals wird nicht bestimmt durch einen kleinlichen Konkurrenzkampf zwischen Magdeburg und Halle.** Wir sehen in der Weiterführung des Kanals nicht nur die Vollendung eines Wasserstraßennetzes, sondern zugleich den Anfang zu einem neuen Kanalprojekte, nämlich zu einer Wasserstraßenverbindung zwischen Nord- und Süddeutschland. Für ein derartiges Projekt ist aber unsere Saale von ausschlaggebender Bedeutung. Wir können daher auch nur für eine Linienführung eintreten, die einen Anschluß der Saale vorsieht. Das ist der Fall bei der vorgesehenen Südlinie, für die wir uns darum nur allein einsetzen können. Ein zweites, was uns für die Südlinie Stellung nehmen läßt, ist, daß durch diese Linienführung für ein bedeutungsvolles Wirtschaftsgebiet, wie es der Harz und sein nördliches Vorgelände darstellen, eine wichtige und notwendige Wasserstraße schafft. Stv. Heine (B.R.) sprach sich nach einigem Für und Wider ebenfalls im Sinne der Vorredner aus.

Oberbürgermeister Rive: Für uns darf nicht nur das Interesse der Stadt Halle maßgebend sein, sondern wir müssen uns das Wohl des Volksganzen zur Richtschnur machen. Der Magistrat hat diese Frage schon immer von diesem Gesichtspunkt aus behandelt. Er wird nun in demselben Sinne, durch das einige und geschlossene Auftreten der Stadtverordneten gestärkt, weiter arbeiten.

Folgende der Versammlung vorgelegte Entschließung wurde darauf einstimmig angenommen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Halle erachtet übereinstimmend mit dem Magistrat im Interesse des Reichs, des Landes und auch der Stadt Halle die Südlinie als die richtigste. Der Durchgangsverkehr allein rechtfertigt nicht die Wahl der Nordlinie. Das Projekt der Mittellinie ist ein Kompromiß nach Namen und Inhalt, aber kein gutes, denn der Durchgangsverkehr muß einen Umweg machen und an Zwischenortsverkehr wird es dauernd mangeln.

Wir treten dafür ein, **daß die Südlinie ausgebaut, daß aber gleichzeitig die Abzweigung nach der Saale beschlossen und durchgeführt wird,** daß die, bereits im Gesetz betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrtsabgaben vom 24. Dezember 1911 angekaufte Verbesserung des Fahrwassers der Saale allerdings nicht für 400-To.-Schiffe, sondern für Kanalschiffe rechtzeitig zur Ausführung kommt.

Im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschlands liegt es, daß alle drei für das mitteldeutsche Industriegebiet nötigen Arbeiten gleichzeitig fertig werden."

Es folgte nun die Debatte über die schon so oft besprochene Beschaffungsbeihilfe für die städtischen Beamten und Hilfsarbeiter. Nachstehende Vorlage wurde den Stadtverordneten vom Magistrat gemacht: Die Beschaffungsbeihilfe erhalten die Magistratsbeamten, Lehrpersonen ausschließlich Volksschullehrpersonen, auf Privatdienstvertrag ständig Angestellten, sofern sie mindestens seit 1. Mai 1919 im städtischen Dienst stehen, nicht rein mechanische Dienste leisten, und ihre Dienstbezüge nicht durch Tarifverträge geregelt sind.

Den im Ruhestande lebenden Personen der genannten Gruppen sowie ihren Hinterbliebenen wird eine einmalige Beschaffungsbeihilfe nach staatlichen Grundsätzen, soweit nicht die nachstehenden besonderen Bestimmungen Platz greifen, bewilligt.

Der Stichtag für die Zahlung der Beihilfe ist der 1. Nov. 1919; die Zahlung erfolgt in einer Summe sofort.

Die Beihilfe beträgt: **für Verheiratete 1000 M. und für jedes Kind 200 M., für Ledige 600 M.** Die genannten im Ruhestand lebenden Personen sollen 50 Proz. bis höchstens 100 Proz. der genannten Beträge erhalten.

Diejenigen ständig Angestellten (Arbeiter, Hilfsangestellten usw.), die nur stundenweise beschäftigt werden, erhalten einen Teilbetrag der Beschaffungsbeihilfe, der ihrer wöchentlichen Arbeitsstundenleistung entspricht.

Die laufenden Kinderzulagen **werden wie beim Staate von 40 M. auf 50 M. monatlich vom 1. September 1919 ab erhöht.**

Der Haushaltsausschuß stellte dazu den Antrag, für die Arbeiter, Hilfsangestellten usw. an den jetzigen Tarifsätzen eine Zulage von 16 M. für Verheiratete und Ledige und für jedes Kind 4 M. zu gewähren. Das bedeutet statt der geforderten 1000 M., 600 M. und 200 M., wie sie die Beamten erhalten,

640 Mark für Verheiratete und Ledige und 160 Mark für jedes Kind.

Die nötige Summe von 2 Millionen Mark soll durch Aufschlag auf die direkten Steuern gedeckt werden.

Gen. Müller: Der Magistrat ist hierbei sehr einseitig verfahren, denn es ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß die Beihilfe von Beamten wie Angestellten und Arbeitern gleichmäßig benötigt wird. Ebenso sind wir natürlich mit dem Vorschlag des Haushaltsausschusses nicht im mindesten einverstanden. Wenn mein Freund Kleeis im Ausschuß für den Antrag Steinbrück stimmte, so tat er das nur um eine Verhandlungsfläche zu schaffen. Wir stehen nach wie vor dafür ein, daß das, was den Beamten recht ist, den Angestellten und Arbeitern billig sein muß. Wenn man bei den Beamten die Notlage anerkennt, kann man sich den anderen Gruppen gegenüber doch nicht verschließen, da beide Gruppen gleiche Not leiden. Wenn der Antrag Osterburg abgelehnt werden sollte, so bedeutet der Antrag Steinbrück doch zweifellos noch eine Härte gegen die Verheirateten den Ledigen gegenüber. Denn dies ergibt sich klar aus folgender Gegenüberstellung. Die Beamten erhalten: 1000 Mk. für Verheiratete, 600 Mk. für Ledige, 200 Mk. für jedes Kind. Der Antrag Steinbrück ergibt: 640 Mk. für Verheiratete, 640 Mk für Ledige und 160 Mk. für jedes Kind. Im Namen meiner Fraktion stelle ich den Antrag, daß der Antrag Osterburg abgelehnt werden sollte, folgende Umstellung des Steinbrückschen Antrages vorgenommen wird: **Verheiratete 20 Mark, Ledige 12 Mark und jedes Kind 5 Mark.** Das ergibt für **Verheiratete 800 Mk. (1000. 640), Ledige 480 Mk. (600. 640), jedes Kind 200 Mk. (200. 160).** Es wird somit ein billiger und sehr notwendiger Ausgleich geschaffen. Jedoch erlaube ich nochmals, die zuerst geforderte Summe zu bewilligen, denn mit einer derartigen Beihilfe will man doch schwere und überall drückende wirtschaftliche Not lindern. Dann ist aber nicht nötig, daß die betroffenen Gruppen nach bestimmter Qualifikation auseinandergehalten werden müssen.

Osterburg (U. S.): Wir halten unseren Antrag aufrecht. Stv Balke (Dem.): Ich bitte die Anträge Osterburg und Müller abzulehnen. Der Beamte hat schon immer schlechter dagestanden wie der Arbeiter. Stv. Hildebrandt (U. S.), Spletl (Chr. B.) und Karlson (D. N.) sprachen für und wider. Stv. Hildebrandt widerlegte mit einigen Zahlen die Mär von den himmelhohen Arbeiterlöhnen. Stv. Spletl behauptete, daß Herr Bock (U. S.) im Haushaltsausschuß erst den Antrag des Stv Steinbrück angeregt habe.

Gen. Müller: Auf die Behauptungen des Stv. Balke, betr. der hohen Arbeiter- und niedrigen Beamtenlöhne einzugehen, erübrigt sich, denn alle beide Gruppen haben in das Existenzminimum noch nicht einmal erreicht. Wie kann man da behaupten, die Notlage der einen wäre größer wie die der anderen? Es ist doch nur allzu wahr, daß die städt. Angestellten sich ihre Pension erbungern mußten. Jetzt kommt vor allem die Bedürftigkeitsfrage in Betracht. Wir müssen jetzt doch alle die gleich teueren und — schlechten Lebensmittel und Bedarfsartikel kaufen. Es besteht doch für Halle eine Verordnung, nach der Arbeiter nicht weniger verdienen dürfen wie Beamte. Wir wollen nicht und **werden es mit aller Macht zu verhüten suchen, daß ein Gegensatz zwischen den Arbeitern und Beamten von gewissen Stellen aus, herausgeklügelt wird.** Bei der jetzigen Behandlung der Vorlage müssen sich die Arbeiter und zwar mit Recht benachteiligt fühlen. Die gleiche Bezahlung ist eine alatte Selbstverständlichkeit.

Stv. Bock (U. S.): Ich hatte im Ausschuß den Vorschlag von 16 Mk. gemacht, weil erst 20 Mk ohne die entsprechende Kinderzulage vorgeschlagen wurden. Stv. Kleeis machte mich jedoch dann **auf die geringe Höhe der Gesamtsumme aufmerksam und ich nahm dann von einem derartigen Verlangen Abstand.** Im übrigen kann ich nur den Ausführungen des Stv. Müller zustimmen.

Gen. Dürrfeld: Als Beamtenvertreter fühle ich die Verpflichtung in mir, gegen eine derartig verschiedene Behandlung der Beamten und Arbeiter, wie sie der Magistrat vorschlägt, zu protestieren. Ich möchte jedoch warnen. Grenzen nach oben ziehen zu wollen, da wir dadurch sehr leicht zu Fehlschlüssen kommen können. Herr Bock setzte vorhin das Existenzminimum einer Familie auf 12 000 Mk. fest und verlangte im selben Atemzuge die Festsetzung der Höchstgrenze für Zahlung der Beschaffungsbeihilfe auf 8000 Mk. Ist **das nicht ein kolossaler Widerspruch?**

Stadtrat Wurm: Wegen der verschiedenen Regelung der Dauerbezüge waren wir gezwungen, einen Unterschied zu machen.

Schweikert (U. S.): Die Auszahlung muß so durchgeführt werden, daß eine Staffelung für die Zeit nach dem Stichtag (1. Mai) gewährleistet wird, damit die nach diesem Tage Eingetretenen nicht leer ausgehen müssen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen, in die natürlich wieder Herr Bock mit verwickelt war, wurde zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag Osterburg wurde mit 33 gegen 30 Stimmen abgelehnt, **ebenso der automatisch darauf folgende Antrag des Gen. Müller.** Angenommen wurde der Antrag Steinbrück, für den nun auch die Hälfte der Unabhängigen mitstimmte. (Was sagt das „Volksblatt" nun zu dem Fall Kleeis!) **Entscheidend bei diesen wichtigen Abstimmungen waren die beiden Vertreter des Angestelltenringes Heine-Kallmeyer.** Sie blieben auch stramm rückschrittlich gesonnen, als es galt, über den ausgleichenden und billigen Antrag des Gen. Müller zu entscheiden. Laute Entrüstung und stürmische Pfuirufe klangen von den Tribünen, als sich diese beiden Angestellten„vertreter" Arm in Arm mit den Deutschnationalen in ihrer ganzen reaktionären Nacktheit zeigten. Jedoch muß bei Beleuchtung dieser Abstimmung auch noch ein ganz ernstes Wörtlein mit den Unabhängigen geredet werden, denn jedesmal sitzen die Lücken in ihren Reihen, wenn es sich um eine wichtige Abstimmung handelt. Gestern fehlten Koenen, Gräfe und Ferchland. Die Bürgerlichen waren geschlossen erschienen.

Zur Beschaffung und Aufstellung von fünf Einankerumformern wurde der Betrag von 830 000 Mk bewilligt. Die benötigten Mittel sind vorsichtsweise aus einer noch zu bewilligenden Anleihe zu bestreiten. Die aufkommenden Zinsen des Fonds für vorbeugende Armenpflege von ca. 1700 Mk. jährlich wurden bis auf weiteres der Armendirektion zur Verwendung als einmalige Unterstützungen außerhalb des Rahmens der öffentlichen Armenpflege überwiesen.

Die für das laufende Rechnungsjahr für Futter und Streu bereitgestellten Mittel wurden um 7500 Mk., die für das laufende Rechnungsjahr für Verbandszeug, Arzneien und Desinfektionsmittel für die Krankenbeförderung um 500 Mk., die zur Instandsetzung der Fahrräder bereitgestellten Mittel um 350 Mk. verstärkt.

Die Mehrausgaben der Stadt in Höhe von 372 562,26 Mk. wurden aus den Ueberschüssen des Gas- und Wasserwerks nachbewilligt. Nach Deckung der Ueberschreitungen verbleibt ein Reinüberschuß von 259 592,39 Mk. Die bei der Paul-Riebeck-Stiftung im Rechnungsjahre 1918 eingetretenen Etatsüberschreitungen von 17 958,31 Mk. sollen aus dem Vermögen der Stiftung gedeckt werden. Um beim Eintritt außergewöhnlicher, durch die Kriegsverhältnisse bedingter Instandsetzungen bezw. bei Beschaffung neuer Ausrüstungsstücke die erforderlichen Mittel zur Hand zu haben, sind im Haushaltsplan des Gaswerkes 100 000 M. und im Haushaltsplan des Wasserwerkes 113 152 Mk. zur Abführung an den Reservefonds vorgesehen, die für außergewöhnliche Instandsetzungen, Erneuerungen und Anschaffungen dienen sollen. Da sich bereits jetzt die Notwendigkeit zu außergewöhnlichen Anschaffungen und Erneuerungen herausgestellt hat, wurde beschlossen, daß dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke hierfür aus den im Haushaltsplan des Gaswerks und Haushaltsplan des Wasserwerks zur Abführung an den Reservefonds vorgesehenen 100 000 Mk. bezw 113 152,85 Mk. zunächst je 50 000 Mk. zur Verfügung gestellt werden. Für die Anschaffung einer Pumpe und elektr. Anlage, die zum Abbau des unter dem freigewordenen Alaunlager lagernden Kohlenfeldes benötigt werden, bewilligte die Versammlung 14 155 Mk. Ueber die weiteren Kosten wird späterhin eine Vorlage eingehen. Die Auswertung der Kohle soll die Grube Karl Ernst übernehmen.

Der Magistrat hat im Einverständnis mit dem Kuratorium der Paul Riebeck-Stiftung beschlossen, das Eintauschgeld für eine Kaufstelle im Paul Riebeckstift vom 1. Dezember 1919 ab auf 3000 Mk. festzusetzen. Die Versammlung stimmte dem zu.

Auf Antrag des Magistrats wurde beschlossen, daß die gesamten Ueberschüsse der städtischen Sparkasse aus 1918 in Höhe von 609 643,84 Mk. welche sich rechnungsmäßig ergeben und nach dem Gesetz vom 23 Dezember 1912 zur Hälfte mit 304 821,82 Mk. für öffentliche Zwecke verwendet werden dürften, nicht für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen, sondern infolge des vorgelegten Vermögensnachweises vom 30. Juli 1919 zur Vornahme stärkerer Abschreibungen dem Sicherheitsfonds der Sparkasse zugeführt werden.

Der folgende Antrag des Gen. Kleeis, die Frage der Haus- und Krankenpflege in der Stadt Halle dem Sozialen Ausschuß zur Prüfung und Ausarbeitung von Vorschlägen zu ihrer Ausgestaltung zu überweisen, rief noch einmal alle die Verteidiger der freien Liebestätigkeit und Gegner jedweder Kommunalisierung auf den Plan. An ihrer Spitze tritt Stadtrat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191125-14/fragment/page=0005

Tevelmann, der der freien Liebestätigkeit in langatmigen Ausführungen Komplimente machte und die Kommunalisierung in Grund und Boden redete. An dasselbe Horn blasen Frau Schröder und Stv. Busse. Besonders der letztere posaunte die bekannten Töne von der vorherigen Liebe und der bescheidenen Tat. Stv. Hildebrandt betonte, daß die freie Liebestätigkeit doch versagt habe und schon deshalb durch die Kommunalisierung ersetzt werden müsse. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen konnte man ihm deutlich die Enttäuschung anmerken, die er nicht zu verbergen vermochte, als er erfuhr, daß nicht seine Fraktion, sondern unsere, diesen Antrag gestellt hatte.

Gen. Kiecks: Das Loblied auf die freie Liebestätigkeit aus dem Munde des diese Angelegenheit „liebevoll" prüfenden Magistratsmitgliedes muß doch eigentümlich berühren. Dieser Verein hat 300 Pflegen im Jahr gemacht. Das ist für eine Großstadt wie Halle gar nichts. Diese Zahl ist der Maßstab, mit dem man messen kann, ob sich die Einrichtung bewährt hat oder nicht. Der Vergleich mit anderen Städten ist für Halle direkt unzulässig. Es wird angegeben, daß die hallischen Frauen eine Scheu vor den Hauspflegerinnen haben. Ich glaube nicht, daß diese Animosität nur eine eigene Art der hallischen Frauen sein kann, sondern in dem ganzen System wird hier der Haken liegen. Wenn Herr Busse uns Vorwürfe machen will, weil wir immer nach dem einen Ziele, Kommunalisierung streben, so ist das für uns kein Vorwurf, sondern nur eine Anerkennung, da wir als festes Ziel unserer Arbeiten die Kommunalisierung all dieser Dinge erstreben. Wir kommen bestimmt damit den Wünschen der breitesten Schichten der Bevölkerung entgegen.

Hieran schloß sich eine langausgesponnene fruchtlose Debatte. Ein Schlußantrag fand die Deutschnationalen und Unabhängigen als einmütige Gegner und die Debatte wurde fortentwickelt. Die Pressevertreter verließen deshalb wegen der vorgerückten Stunde den Saal.

Halle und Saalkreis.

Halle, 25. November 1919.

Interessante Tatsachen

wurden in einer Versammlung mitgeteilt, die am Sonnabend nachmittag in „St. Nikolaus" stattfand und zu welcher sämtliche Unterkommissionäre für Getreide und Kartoffeln im Saalkreise, sowie Vertreter der örtlichen Versorgungsausschüsse geladen waren. Ueber 150 Personen waren erschienen. Der Verwalter der Kreis-Getreide- und Kartoffelstelle, Herr Kaufmann Bosse, berichtete zunächst über den Stand der Versorgung mit Getreide und Kartoffeln. Die Bestände an Brotgetreide befriedigen. Dagegen fehlt es an Kartoffeln. Die gänzlich verfehlte Bestimmung, daß die Zwangswirtschaft für Hafer aufgehoben worden ist und nur die Ablieferung von zwei Zentner pro Morgen gefordert wird, hat zu unlauteren Machenschaften geführt, indem Gerste unter den Hafer gemengt und so der Abführung entzogen wird. Die Kartoffelernte ist im Saalkreise zumeist unzureichend gewesen. Die Schätzung auf 400 000 Zentner Gesamternte ist viel zu hoch gegriffen gewesen. Unter den 15 000 Kartoffelanbauern des Saalkreises befinden sich 12 000, die nur einen oder einige Morgen oder noch weniger angebaut haben und unter keinen Umständen etwas von ihrem Vorrat abgeben wollen, auch wenn derselbe wesentlich größer ist als die Kopfzahl der zu Versorgenden ergibt. Ein weiterer großer Uebelstand sind die außerordentlich hohen Deputate, zu denen sich manche Besitzer verpflichtet haben. In einem Orte erhalten die beiden Schweizer wöchentlich je einen Zentner, die anderen Arbeiter täglich je fünf Pfund Kartoffeln. Amtsrat Wenzel hat für einen halben Morgen Kartoffelland 90 Mk. Pacht verlangt. Der Landwirt Alb. Knauth in Lieskau hat, als die örtliche Versorgungskommission bei ihm die Kartoffelbestände aufnehmen wollte, zwei Wagen voll hinten zum Hofe hinausfahren lassen, um sie der Aufnahme zu entziehen. In Unterpeißen wurde das buchmäßige Manko an Kartoffeln durch Revisionen von 750 auf 32 Zentner herabgedrückt. Ein alleinstehender Mann, der einen Morgen Kartoffeln geerntet hat, wollte nichts davon abgeben. Auch einzelne Arbeiter, deren Vorrat an Kartoffeln erheblich größer ist als zulässig, wollten nichts abliefern. Der Gutsbesitzer Henze in Dölau, so wurde berichtet, habe voriges Jahr von 450 Morgen keine Kartoffeln abgeliefert, auch von 65 Morgen Hafer nichts; dabei sei Henze Amtsvorsteher. Viele Empfänger von hohen Kartoffeldeputaten nehmen, so wurde mehrfach bestimmt versichert, auch noch ihre örtlichen Rationen in Anspruch.

Die Art, wie dieses Jahr die von der Stadt Halle ausgefertigten Kartoffel-Bezugsscheine benutzt worden sind, gab zu lebhafter Kritik Anlaß. Nachweisbar sind in Einzelfällen mehr Kartoffeln auf diese Scheine geliefert worden als zulässig war. Sollte sich nächstes Jahr dieser Kartoffelbezug wiederholen, so wird Vorsorge getroffen werden, daß Mißbrauch nicht getrieben werden kann. Zurzeit sind die örtlichen Versorgungsausschüsse mit der Aufnahme der Kartoffelbestände beschäftigt. Es wird an das solidarische Empfinden mit der Not der Mitmenschen appelliert, daß jeder der Allgemeinheit zufließen läßt, was er entbehren kann. Ob bzw. auf welche Weise die ungebührlich hohen Deputate zu beschneiden sind, darüber soll sich der Vorsitzende der Versammlung, Gen. Thiele, mit der Reichsbehörde ins Benehmen setzen. Derartige Zusammenkünfte, die sich mit der Milch-, Fleisch-, Kohlen- und sonstigen Versorgung befassen, sollen wiederholt werden.

Zur Kartoffelnot.

Gegen Ende vorvergangener Woche kamen in Ammendorf drei Waggons Kartoffeln an, die vom Kommunalverband Nürnberg an das Brauhaus in Dölnitz zur Flockenfabrikation adressiert waren. Auf telephonische Benachrichtigung hin ordnete Gen. Thiele als Landrat die vorläufige Beschlagnahme an, da ein erheblicher Teil der Kartoffeln noch zur menschlichen Ernährung verwendbar war. Die Reichskartoffelstelle hat die Beschlagnahme bestätigt und die Kartoffeln sind bereits zur Verteilung gelangt. Zehn weitere Waggons, die gleichfalls aus Nürnberg an die Chemnitz-Flockenfabrikation unterwegs waren, mußten nur zum kleineren Teil für menschliche Ernährung geeignet, die meisten waren bereits gefroren. Sie mußten zur Flockenfabrikation freigegeben werden. Mehrere dieser Waggons waren der Flockenfabrik in Osmünde überwiesen worden, wurden auf Bahnhof Gröbers erneut durch das Landratsamt angehalten und durch die Kreiskartoffelstelle nachgeprüft. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Kartoffeln, deren Verlust bei Eintritt der Kälte erfolgte, in der Hauptsache in völlig gesundem Zustande verladen worden sind und daß sie wohl auf der langen Bahnfahrt unter dem Frost gelitten haben. Ob das beabsichtigt war, läßt sich nicht beweisen, aber vermuten. Jedenfalls läßt das Vorkommnis erkennen, daß die ganze Organisation der Kartoffelversorgung mangelhaft ist. Mit aller Strenge wird darauf zu achten sein, daß jede noch genießbare Kartoffel der menschlichen Ernährung direkt dienstbar gemacht wird und nur bereits verdorbene in Fabrikate umgewandelt werden.

* **Ein Gewerbegericht für den Saalkreis.** Der seit langen Jahren gehegte Wunsch, für den Saalkreis ein Gewerbegericht zu schaffen, geht nunmehr schneller Erfüllung entgegen. Der Kreisausschuß hatte eine Kommission eingesetzt, die ein Statut entwerfen sollte. Der Entwurf liegt jetzt vor, wird in den nächsten Wochen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus allen Teilen des Saalkreises beantachtet und dem für den 11. Dez. einberufenen Kreistag zur Genehmigung vorgelegt werden.

* **Die Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener, Ortsgruppe Halle (Saale),** gedachte am Totensonntag der in Gefangenschaft verstorbenen Kameraden dadurch, daß sie am Kriegerdenkmal auf dem Nordfriedhof einen Kranz niederlegte.

* **Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.** In der am Freitag abend in Wilsdorfs Gesellschaftshaus stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen erstattete der 1. Vorsitzende, Kamerad Fiedler, Bericht über die Entwicklung der Ortsgruppe innerhalb des letzten halben Jahres. Er betonte, daß die Kriegshinterbliebenen erfreulicherweise recht regen Interesse an der Organisation nähmen und sogar eifriger bei der Sache wären als die Kriegsbeschädigten selbst. Er berichtete weiter daß in der letzten Zeit die bei der Post beschäftigten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bei der Ortsgruppe des Reichsbundes einen Antrag auf Einführung einer Sondervertretung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bei der Post ähnlich wie dieses bei der hiesigen Eisenbahndirektion eingeführt wäre, gestellt hätte. Es haben dieserhalb schon verschiedene Verhandlungen bei der Ober-Postdirektion stattgefunden, die demnächst zum Abschluß gelangen. Schließlich wurden sechs Kameraden als Beisitzer für das Militärversorgungsgericht in Merseburg gewählt. Die Wahl fiel auf die Kameraden: Voack, Drechsler, Kunert, Stäglich, Dr. Elkan, Schäfer und Kunze als Ersatzmann. Die nächste Versammlung der Kriegsbeschädigten findet am 5. Dezember, die der Kriegshinterbliebenen am 12. Dez. in Wilsdorfs Gesellschaftshaus statt.

* **Der Volkskindergarten** in der Bethele-Lehmann-Stiftung beabsichtigt, zum 1. Dezember einen Zweitkindergarten in der Kinderspielhalle, Giebichenstein, Strasse 6, einzurichten, der wochentäglich von 8—12 Uhr geöffnet ist. Es können noch Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren aufgenommen werden. Wie in der Burgstraße wird auch hier eine Vermittlungsstelle eingerichtet werden. Auf die Bedeutung des Kindergartens als Unterbau zur Einheitsschule sei erneut hingewiesen. Auskunft und Anmeldungen wochentäglich 9—12 Uhr im Kindergartenhaus Burgstraße 45.

Für die Tagesstammkartenin haber des Stadttheaters. Die durch den Pfitzner-Zyklus ausfallenden Vorstellungen werden für diejenigen Tagesstammkartenin haber, die nicht die Pfitzner-Veranstaltungen gegen Nachzahlung zu besuchen wünschen, oder sonst Umtauschkarten nehmen, nachgegeben und zwar derart, daß die in Frage kommenden Abonnements eine Woche heum, für die Mittwoch-Abonnenten zwei Wochen länger als ursprünglich vorgesehen wer. Gültigkeit behalten.

Diebe versuchten in letzter Nacht durch Eindrücken einer Fensterscheibe in die Wohnung eines Lebensmittelhändlers in der Albrechtstraße einzudringen. Sie wurden verscheucht und ergriffen die Flucht.

Wo sind die Taschenmesser geblieben? Einem des Diebstahls verdächtigen Manne sind eine Anzahl Taschenmesser sogen. Armeemesser abgenommen worden, die sicher gestohlen sind. Sie röhren vermutlich aus einem Ladendiebstahl her, bei dem auch Zigaretten mitgestohlen sind. Der Bestohlene wird ersucht, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37, zu melden, wo die Messer zur Ansicht ausliegen.

Fundsache. In den Diensträumen des Stadternährungsamtes ist ein Geldstäckchen gefunden worden. Der Eigentümer wird aufgefordert, dasselbe unter Nachweis seines Rechtes im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, Zimmer 11, in den Vormittagsstunden abzuholen.

Der für die Lehrerkollegien der städtischen Mittel- und Volksschulen auf Mittwoch, den 26. November, nachmittag 5 Uhr, anberaumte Vortrag des Herrn Universitätsprofessors Geheimen Medizinalrat Dr. Zieben über Begabungsprüfungen muß wegen Kohlenmangel und Beleuchtungsschwierigkeiten vorläufig ausfallen.

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen. Der für den 29. November angesagte Vortrag des Prof. Wasmann, eines unserer bedeutendsten Forscher auf dem Gebiete des Ameisen- und Termitenlebens, muß wegen Erkrankung des Vortragenden auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

„Der Galeerensträfling", 2. Teil, der in den U.-T.-Lichtspielen, Alte Promenade 11a, zur Vorführung gelangt, bringt dem Theater täglich übervolle Häuser. Paul Wegener ist, wie im ersten Teil, auch hier der Träger der Titelrolle. Seine Darstellung ist überwältigend. Wundervolle, klare Photographie bringt prachtvolle Bilder und läßt die ganze Pracht eines verschwundenen Zeitalters lebendig werden. Lydia Salmanova und Ernst Deutsch stehen Wegener getreulich zur Seite und schaffen zu dem Eindruck des ganzen Filmwerkes wesentlich bei. Man besuche bereits die Nachmittagsvorstellung, ein guter Platz ist dann sicherer als am Abend. Im Lustspiel wirkt „Tönnchen" zwerchfellerschütternd und bringt der großen Schar seiner Freunde Minuten tollster Heiterkeit.

Ammendorf. Gedächtnisfeier. Am Totensonntag veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zu Ehren der gefallenen Kameraden im „Goldenen Adler" eine Gedächtnisfeier. Der Saal war mit Grün geschmückt, in der Mitte der Bühne hing ein großer Kranz, der auf dem neuen Friedhof in Ammendorf niederzulegen wird. Der Arbeitergesangverein Ammendorf stellte sich bereitwilligst zur Verfügung und trug zur Verschönerung der Feier bei. Die Lieder wurden in auf ergreifende Weise meisterlich zu Gehör gebracht. Kam. Nähring beglückte die zahlreich Erschienenen mit kurzen Worten. Kam. Reinhardt, welcher die Gedächtnisrede übernommen hatte, gedachte der gefallenen Helden mit zu Herzen gehenden Worten und sprach über die bemerkenswerte Arbeit des Reichsbundes zu Gunsten der Hinterbliebenen. Kam. Merchan hielt die Schlußrede und forderte zum Beitritt in das Reichsbund auf. Mit dem gemeinschaftlich gesungenen Lied „Ich hatt' einen Kameraden" schloß die kurze, aber wirkungsvolle Feier.

Der Kilian-Prozeß.

12. Verhandlungstag.

Nach dem Aufruf der Zeugen gibt der Zeuge Friedrich an, daß er vor der Hallischen Maschinenfabrik vor dem Streik gefragt wurde, ob er Waffen haben wollte. Wer ihn gefragt hat, kann er nicht sagen, er hatte bereit, Waffen für eine Aktion zu empfangen. Es ist etwa am 10. Januar gewesen.

Zeuge Paul Henning: Das Flugblatt „Ordnung oder Gewalt" während des Aufenthalts der Regierungstruppen, habe ich verfaßt. Ob der Angeklagte das Flugblatt mit verfaßt hat, kann ich nicht sagen, direkt jedenfalls nicht. Der Zeuge wird nicht vereidigt, da er der Mittäterschaft, der Aufreizung zum Klassenhaß verdächtig erscheint.

Zeuge Kürbs: Ich bin Mitglied des Arbeiterrates. Von einer Entsetzung des Oberbürgermeisters ist im Arbeiterrat nie gesprochen worden. Im Gegenteil war Kilian, der den Oberbürgermeister schätzte, der Ansicht, daß der Oberbürgermeister bleiben müsse.

Zeuge Dies: Ich war in der Militärkommission beschäftigt. Den Angeklagten Kilian habe ich nur zweimal mit Ferchland zusammen gesehen. Beim Vorstand des Soldatenrats hat Kilian nur einmal vom Generalstreik gesprochen. Aussagen über Waffenlager können nur die Mitglieder der Waffenkommission machen. Schleifstein ist mit seiner Sekretärin auf Veranlassung Hartungs aus Leipzig zu Ferchland in den Wettiner Hof gekommen. Wir gingen darauf zur Charlottenschule, wo mit Schleifstein verhandelt wurde, der von Hartung aufgefordert worden war, hier in Halle könnte ein Ding abgedreht werden.

Zeuge Hartung: Ferchland hatte ein Interesse daran, daß die Verbindungen mit Leipzig, Erfurt usw. aufrechterhalten wurden. Ich war damit beauftragt worden, und so brachte ich auch Schleifstein mit. Bei der Versammlung in der Charlottenschule waren auch einige Kommunisten, darunter Tominski, dabei. Einigungen wurden nicht erzielt. Wir sind noch später in das Hotel „Stadt Dresden" gegangen, wo Dies an Schleifstein Fahrscheine aushändigte.

Zeuge Dies: Ich habe keine Fahrscheine an Schleifstein ausgehändigt. Die Fahrscheine hat Ferchland selbst geschrieben und mitgenommen. Ich schämte mich der Gesellschaft und bin gleich wieder weggegangen.

Zeuge Hartung: Schleifstein ist nach Braunschweig weitergereist. Es wurde auch vorher ein Stichwort für eine Delegiertensitzung in Leipzig ausgegeben.

Kilian fragt Dies, ob er vor der Goldenen Kugel zu ihm gesagt hätte, er hätte eine Verschwörung entdeckt und auf Kilians Kopf seien 20 000 Mk. gesetzt. Dies bestreitet das und Zeuge Wender gibt an, daß er es gewesen wäre.

Zeuge Beck: Ich war in der Maschinenkompagnie auf Fürsprache Meisebergs, trotzdem ich nicht Matrose gewesen bin. Bei der Besprechung mit Schleifstein in der Charlottenschule war ich dabei. Ich war vorher mit Hartung zusammen in Leipzig, wo Hartung Schleifstein die Notwendigkeit einer halischen Aktion klarlegte. In der Charlottenschule hat Ferchland gesagt, alles wäre Quatsch, die ganze Sache ist zwecklos. Von Waffenverteilungen in Halle weiß ich nichts.

Zeuge Schauspieler Gierold macht Aussagen über das Treiben eines gewissen Spitzels Hötzel, der ihn überreden wollte, Kilian und Genossen über Gräfenhainchen, wo die Insassen erschossen werden sollten, nach Berlin zu fahren. Hötzel sagte mir, ich sollte mich an den Ltn. Schmidt wenden.

Zeuge Ltn. Schmidt gibt an, daß er Hötzel nicht kenne.

Zeuge Gierold gibt an, daß die Leute: die Ltn. Schmidt im Stadthaus geschlagen haben, fast ausschließlich Artilleristen gewesen sind, was Zeuge Ltn. Schmidt bestreitet.

Zeuge Parteisekretär Böttge: Ich habe am 1. März eine Rede vom Balkon des Rathauses gehalten, wobei Kilian nicht dabei war. Ich habe in meiner Rede vor Gewalt gewarnt und gesagt, die Leute müßten ihre Kraft ganz in den Dienst der anstehenden Wahlen stellen. Hetzend kann ich meine Rede nicht bezeichnen. Zu Ltn. Schmidt habe ich darauf gesagt, daß die Vorgänge auf dem Marktplatz auf ihn zurückzuführen seien. Ltn. Schmidt haben wir in den „Gambrinus" gebracht und ich habe ihm dort gesagt, daß er bei Einbruch der Dunkelheit freigelassen werden sollte.

Zeuge Geschäftsführer Herwig: Am 1. März sprach Böttge vom Balkon. Ob Kilian auf dem Balkon war, kann ich nicht sagen. Ltn. Schmidt suchte Kilian, Böttge, Frau Krüger und ich zu schützen. Ich habe Ltn. Schmidt in die Telephonzelle gebracht. Im „Gambrinus" habe ich Ltn. Schmidt nicht eher freilassen wollen, bis beruhigende Nachrichten aus der Stadt kämen. Ltn. Schmidt wurde dann von den Regierungstruppen abgeholt und ich wurde auf Verwendung von Ltn. Schmidt freigelassen.

Zeuge Langer: Ich kann nicht behaupten, ob Herr Kilian vom Balkon gesprochen hat. Gesehen aber habe ich Kilian auf dem Balkon. Ich habe diese Aussage vorher gemacht, weil ich Kilian als Vorsitzenden des Arbeiterrates kannte. Vom Rathaus kam ein älterer Herr, der sagte, Ltn. Schmidt ist oben, holt ihn euch runter.

Der Verteidiger Dr. Müller fragt den Untersuchungsrichter Dr. Strauch, ob der Zeuge nicht aus Gründen einer Selbstentlastung falsche Aussagen gemacht und mit einer verfaßten, den Angeklagten belastenden Denkschrift sich bei den Richtern Dieskind machen wollte.

Zeuge Gerichtsassessor Strauch: Langer ist in diesem Prozeß fast gar nicht vernommen worden, da er die Aussagen verweigerte.

Zeuge Parteisekretär Hildebrand: Ich bin aufgefordert worden, vom Balkon des Rathauses zu sprechen. Ich habe abgelehnt, da ich die Sache für verfahren hielt. Dann bat Böttge beruhigend zu sprechen. Ich erinnere mich nicht, Kilian auf dem Balkon gesehen zu haben. Das Flugblatt „Ordnung oder Gewalt" habe ich nur in Packen liegen gesehen, wer es verfaßt hat, weiß ich nicht. Von einer Bewaffnung der Arbeiterschaft habe ich nur gesagt, daß die führenden Personen der Partei darüber zu beschließen hätten. Das heißt bei mir soviel als dagegen sein. Mein Auftrag, den Bürgermeister Sendel für eine Rede vom Balkon des Rathauses zur Beruhigung zu bitten, ging nicht vom Arbeiterrat, sondern von der U. S. P. aus, wo der Angeklagte mir keine Aufträge zu geben hatte. Die Bildung von Arbeiterwehren ist mir nicht bekannt, müßte im Wahrheitsfalle mir, als verantwortlichen Parteisekretär, bekannt sein.

Zeuge Frenkel gibt an, daß er Kilian während der Rede von Böttge auf dem Balkon des Rathauses gesehen hat.

Zeuge Chemnitz: Am 1. März war im Stadthaus eine Sitzung des Aktionsausschusses. Während der Rede Böttges war der Angeklagte nicht auf dem Balkon. Von einem Einfluß Kilians auf dem Magistrat weiß ich nichts. Gegen eine Zeitlegung des Oberbürgermeisters stellte sich stets Kilian. Kilian war ein Gegner der Vorschläge zur Bewaffnung der Arbeiter. Von einem Waffentransport nach Ammendorf weiß ich nichts. Kilian vertrat in seinen Reden die Ansicht seiner Partei, von einer Aufhetzung gegen die bürgerliche Klasse kann keine Rede sein.

Zum Schluß werden die Zeugen Frenkel, Herwig und Böttge vereidigt und die Tagung auf den nächsten Tag, 9 Uhr, verschoben.

Parteinachrichten.

Die Unabhängigen gegen die Einigung.

Die „Freiheit" veröffentlicht eine Mitteilung des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Einigungsfrage, die mit folgenden Worten beginnt:

Im Auftrage einer kombinierten Sitzung des Zentralvorstandes und des Berliner Hauptvorstandes der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie mit der Zentrale der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften haben Eduard Bernstein und S. Nestriepke ein Schreiben an uns gerichtet. Danach sollen sich mit den Vorständen der sozialistischen Parteien in Verhandlung treten, um die Möglichkeit einer Verständigung für den Kampf gegen die sich immer stärker regende Reaktion mit ihnen zu erörtern.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei kann bei aller Anerkennung der guten Absichten der hinter den beiden Briefschreibern stehenden Körperschaften diese doch nicht als geeignet für den vorgesehenen Zweck ansehen. Sie kann der Aufforderung daher keine Folge geben.

Gegenüber Anregungen und Vorschlägen, die sich in derselben Richtung bewegen, nimmt die Mitteilung des Zentralkomitees Bezug auf die Erklärung des unabhängigen Abgeordneten Ludwig (Hagen) am 17. November in der Preußischen Landesversammlung und auf den Beschluß des Zentralkomitees selbst vom 19. November, in dem die Stellungnahme der Gesamtpartei zum Ausdruck gebracht sei. Die Mitteilung schließt mit den Worten:

Das Entscheidende an dieser Mitteilung ist, daß die Unabhängigen den Anregungen der Zentralstelle für Einigung keine Folge geben wollen und positive Einigungsverhandlungen ablehnen. Wir glauben nicht, daß diese Stellungnahme der Stimmung und den Wünschen der großen Mehrheit der Arbeiterschaft entspricht.

Der Parteivorstand unserer Partei hat, wie wir gestern meldeten, Verhandlungen mit der Zentralstelle geführt.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Seydewitz, für „Aus der Provinz" H. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volkstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Steinstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191125-14/fragment/page=0006